

12-13

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

COUNTRY **East Germany**

REPORT

SUBJECT **1. Derationing Law: Application of the Law in Agriculture**
2. Supplementary Payments to Workers and White Collar Employees

DATE DISTR.

22 AUG 1963

NO. PAGES

1

REFERENCES

RD

DATE OF INFO.

25X1

PLACE & DATE ACQ.

PROCESSING COPY

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

two guides published by the Press Office of the East German Minister President, entitled Ueber Zahlung von Zuschlägen an Arbeiter und Angestellte and Erläuterung für die Landwirtschaft zum Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten. The guides are for the use of officials, described in their forwords as "a guide to the right political economic and organizational implementation of the comprehensive measures taken by our Government for the betterment of the standard of living of workers and white collar workers in the DDR". (2 bound booklets)

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

STATE	<input checked="" type="checkbox"/>	ARMY	<input checked="" type="checkbox"/>	NAVY	<input checked="" type="checkbox"/>	AIR	<input checked="" type="checkbox"/>	FBI	<input checked="" type="checkbox"/>	AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

FORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Ueber die Zahlung von Zuschlägen an Arbeiter und Angestellte

- Erläuterungen -

**Herausgegeben vom Pressesamt beim Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik**

Werte Kollegin! Weiter Kollege!

Diese Schrift ist für Dich als Funktionär der Arbeiterbewegung geschrieben. Sie soll Dir Wegweiser sein zur politisch-ökonomischen und organisatorischen richtigen Durchführung der großen und umfassenden Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten in der Deutschen Demokratischen Republik.

Sie enthält Erläuterungen zur Durchführung des Gesetzes über die Abschaffung der Lebensmittelkarten sowie der dazugehörigen Verordnungen über die Zahlung von Zuschlägen an die Arbeiter und Angestellten, für ihre Ehegatten, ihre Kinder und für die arbeitenden Rentner.

Diese Erläuterungen sollen Dir helfen, das Ausmaß und die Vielzahl der sozialen Maßnahmen zu überblicken und ihre politische Bedeutung klar zu erkennen. Die Erläuterungen sind einmal auf den Gesamtkomplex und zum anderen auf die wichtigsten Einzelmaßnahmen bezogen. Darauf gestützt, kannst Du vor allem den Arbeitern und Angestellten überzeugend darlegen, wie ihre Lebenslage im einzelnen gesichert und verbessert wird.

Zur reibungslosen Durchführung der vielfältigen Maßnahmen findest Du zahlreiche Hinweise, die durch monatelange Vorbereitung und Untersuchungen in den Betrieben begründet sind. Es ist für Dich nützlich und notwendig, das vorliegende Material sorgfältig zu studieren, damit Du bei dieser großen Sache Deinen Beitrag so leistest, wie es die Arbeiter- und Bauern-Regierung und Deine Organisation von Dir als Funktionär erwarten.

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1.

Überblick über die wichtigsten Maßnahmen bei Abschaffung der Lebensmittelkarten

Das Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten umfaßt ein System von vielen miteinander abgestimmten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen.

Es handelt sich bei dem Gesetz um weit mehr als nur um die Abschaffung der letzten Lebensmittelkarten und die Herstellung eines einheitlichen Preisniveaus. Es verwirklicht vielmehr einen bedeutenden Teil des großen sozialen Programms unserer Regierung, von dem die Rentenerhöhung, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Industrie auf 45 Stunden, Lohnerhöhungen für bestimmte Arbeitergruppen und viele ähnliche Maßnahmen schon vorher durchgeführt wurden.

Dieses Gesetz entspricht den Beschlüssen des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der 29. Tagung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dort wurde eine Umverteilung des Volkseinkommens zu Gunsten der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiter und Angestellten in den unteren Einkommensgruppen, gefordert. In dem Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten und den dazu erlassenen Verordnungen sind umfassende Maßnahmen vorgesehen, die zu einer vielfältigen Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen führen, wobei insbesondere die Lebenshaltung für die Arbeiter und Angestellten in den unteren Einkommensgruppen spürbar erhöht wird. Überhöhte und ungerechtfertigte Unterschiede zwischen den unteren und hohen Einkommen werden gemildert. Die Löhne und Gehälter einzelner Arbeitergruppen werden entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gehoben und mit dem Beginn der Zahlung eines staatlichen Kindergeldes ansehnliche Erleichterungen für Familien mit Kindern geschaffen.

Mit welcher großen Fürsorge, wie gründlich und vielstrebig unsere Regierung diese bedeutungsvollen ökonomischen und politischen Aufgaben gelöst hat, wird erst dann richtig deutlich, wenn man den Gesamtkomplex der im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten durchgeführten Maßnahmen betrachtet.

An alle Arbeiter und Angestellten mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst bis zu 800,— DM (im Untertage-Bergbau bis zu 1000,— DM) werden Zuschläge zum Bruttoverdienst gezahlt. Diese Zuschläge enthalten den vollen Ausgleich für Mehraufwendungen, wobei der Ausgleichsbetrag für die große Mehrheit der Arbeiter und Angestellten Vorteile bringt. Über den Ausgleichsbetrag hinaus erhalten alle Arbeiter und Angestellten mit einem monatlichen Bruttoverdienst bis zu 300,— DM eine zusätzliche Lohnerhöhung. Sie ist so festgelegt, daß es in Zukunft keinen Arbeiter oder Angestellten in der Industrie, im Bau- oder Verkehrswesen, im

Handel, in den staatlichen Einrichtungen oder der sozialistischen Landwirtschaft mehr gibt, der bei voller Arbeitszeit weniger als 220,— DM brutto verdient. Für die Gewährung des Zuschlages als Ausgleich für Mehraufwendungen sowie für die Erhöhung der unteren Einkommen stellt die Regierung rund 1,5 Milliarden DM bereit.

Dazu kommen:

Zahlung eines staatlichen Zuschlages für Kinder bis zu 15 Jahren sowie für Schüler bis zur Beendigung des Schulbesuches in Höhe von 20,— DM monatlich,

Gewährung eines Ehegattenzuschlages in Höhe von 5,— DM monatlich, Gewährung eines Zuschlages von 9,— DM monatlich an Rentner und Unterstützungsempfänger,

Erhöhung der Lehrlingsentgelte und Stipendien, umfassende soziale Maßnahmen für Mutter und Kind,

Senkung der HO-Preise für Lebensmittel, die bisher auch auf Lebensmittelkarten verkauft wurden; darüber hinaus

Senkung der Preise für eine Reihe von Waren wie z. B. Speiseöle, Schokolade, Kakao, Sahne, Mayonnaise, Salate, Konditoreiwaren, Reis, Gewürze, Bettwäsche, Leder- und andere Industriewaren,

Senkung der Regelleistungspreise für das Damenfrisur- und Malerhandwerk sowie für Fotoarbeiten.

Einführung von Prämien im Untertage-Bergbau und in Spinnereibetrieben, Erhöhung der Löhne in der papier- und pappherzeugenden Industrie sowie in bestimmten Lohngruppen der Energiebetriebe, in den Einrichtungen der staatlichen Verwaltungen und des Gesundheitswesens,

Erhöhung der Gehälter für Meister in der Produktion.

Durch die letztgenannten Lohnmaßnahmen kommen den Arbeitern und Angestellten weitere 120 Millionen DM jährlich zugute.

2

Die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen — steht der Hauptinhalt der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Es ist immer richtig und wichtig, und gerade jetzt, die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz darauf hinzuweisen, daß die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen das wichtige Ziel der Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht war und ist.

Da in unserer Wirtschaft der sozialistische Sektor bei weitem überwiegt, kommen der Arbeiterklasse und den Werktätigen die Früchte ihrer Arbeit selbst zugute. Es verging kein Jahr seit Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik, in dem nicht die Regierung wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen treffen konnte. Seit 1950 wurden bekanntlich 17 Preissenkungen durchgeführt. Jüngst erst wurden die Preise für HO-Eier und HO-Briketts wesentlich herabgesetzt. Außerdem wurden wiederholt die Löhne erhöht. In der Zeit von 1950 bis 1958 stieg die Bruttolohnsumme um 10,3 Milliarden DM. Allein im Laufe der letzten zwei Jahre sind die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in unserer Republik um weitere 3 Milliarden DM gestiegen.

Neben der Erhöhung der Durchschnittslöhne durch ansteigende Qualifizierung und wachsende Mehrverdienste ist das vor allem auf folgende Maßnahmen zurückzuführen:

	jährliche Mehrlohnsumme
Aufhebung der Ortsklassen C und D	264 Millionen DM
Einführung der neuen Prämienordnung in den sozialistischen Betrieben	160 " "
Einführung der Umsatzprämien im Handel	150 " "
Lohnerhöhung für die Arbeiter in den sozialistischen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft	87 " "
Lohnerhöhung für Arbeiter und Angestellte der Eisenbahn	70 " "
Lohnmaßnahmen und Förderprämien für Arbeiter, Meister, Ingenieure im Braun- und Steinkohlenbergbau	51 " "
Erhöhung der Gehälter für das mittlere medizinische Personal in den Krankenhäusern	47 " "
Änderung der Vergütungsbestimmungen für Lehrer	19 " "
Erhöhung der Löhne in der Baustoffindustrie	18 " "
Erhöhung der Löhne für die Arbeiter der polygraphischen Industrie	15 " "
Lohnerhöhung für die Arbeiter und Angestellten der Post	14 " "
Lohnerhöhung (Prämien-system) für die Beschäftigten in den Betrieben des Nahverkehrs	10 " "
Lohnerhöhung für die Arbeiter in den Betrieben der sozialistischen Zuckerindustrie	7 " "

Kein Mensch kann an diesem Ergebnis der Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen vorübergehen. Die Zahlen und Tatsachen sprechen eine beredte Sprache; man soll sie immer wieder in Erinnerung rufen.

3.

Die Ausbeutung und die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter in Westdeutschland nehmen ständig zu

Manche Menschen lassen sich noch von den Schaufenstern Westdeutschlands blenden. Aber die brutalen Tatsachen der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Unsicherheit und der Ausbeutung der Arbeiter lassen sich jetzt nicht mehr verschleiern. Die kapitalistische Wirtschaftskrise, die in den USA bereits zu mehr als 7 Millionen Arbeitslosen, zu Not und Elend geführt hat, macht sich auch in Westdeutschland bemerkbar. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor dem, was morgen sein kann oder wird, greift um sich.

Die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland wächst. Sie betrug im Januar 1958 fast 1 1/2 Millionen. Der Zuwachs der Industrieproduktion war 1957 im Vergleich zum Vorjahr unbedeutend; in der Bauindustrie gab es bereits einen Rückgang. Besonders in der Investgüterindustrie gehen die Auftragseingänge zurück, viele Seeschiffe liegen ungenutzt in den

Häfen. So gibt es viele Zeichen der wirtschaftlichen Unsicherheit und des Beginns der Krise.

Das Monopolkapital wälzt dabei die Lasten der Aufrüstung auf die Werktätigen ab. Unauthorlich steigen die Preise für Güter des Massenbedarfs.

Von 1950 bis 1956 stiegen sie folgendermaßen an:

Brot	um rund 72 Prozent
Kartoffeln, Gemüse, Obst	" " 58 "
Rindfleisch	" " 44 "
Wohnungsmieten	" " 20 "
Heizung und Beleuchtung	" " 40 "
Kohle	" " 67 "
Gas	" " 30 "
öffentliche Verkehrsmittel	" " 36 "

Die Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland erhalten keinen Ausgleich für diese Preiserhöhungen. In opferreichen Lohn- und Streik-kämpfen müssen sie sich gegen diese Angriffe auf ihren Lebensstandard wehren. Der Lohnanteil der Arbeiterklasse am Nationaleinkommen nimmt von Jahr zu Jahr ab, aber die Profite steigen.

Während nach den jüngsten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht im Grundsatz bei voller Arbeitszeit ein monatliches Mindesteinkommen der Arbeiter und Angestellten in der Deutschen Demokratischen Republik von 220,— DM garantiert wird, liegt in Westdeutschland — in den Jahren 1956.57 — bei etwa 15,5 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, also bei jedem sechsten Arbeiter oder Angestellten das monatliche Bruttoeinkommen unter 220,— DM. Hierzu zählen vor allem Frauen und Jugendliche (unter 21 Jahren), die im Durchschnitt nur 64 bis 73 Prozent der Männerlöhne bei gleicher Leistung erhalten. Vom sogenannten Wirtschaftswunder des Herrn Erhard bleibt da nicht viel übrig.

Der Gegensatz zwischen der Entwicklung bei uns, die wir den Sozialismus aufbauen, tritt immer deutlicher im kapitalistischen Westdeutschland hervor. Das wird bei der Erfüllung des zweiten Fünfjahresplanes noch klarer hervortreten.

4.

Welches sind die Hauptgedanken des Gesetzes?

Von welchen Überlegungen ließ sich die Volkskammer bei der Schaffung eines einheitlichen Preisniveaus und den damit verbundenen Maßnahmen leiten? Die Preissenkungen der Vergangenheit kamen der ganzen Bevölkerung zu Gute. Allerdings waren Menschen mit höherem Einkommen gegenüber denen mit niedrigerem begünstigt, denn sie konnten außer den Lebensmitteln auf Karten eine größere Warenmenge in der HO kaufen.

Bei den jetzigen Maßnahmen wird anders vorgegangen. Das höhere Preisniveau begünstigt alles in allem die Arbeiter und Angestellten. Für sie stellt der Staat die bereits aufgeführten Mittel bereit, um ihnen nicht nur die Mehrausgaben für die höheren Preise zurückzugeben, sondern darüber hinaus — für Arbeiter und Angestellte mit niedrigerem Einkommen — ihre Lebenslage sichtbar zu verbessern. Dabei gilt der Grundsatz: Je geringer bisher das Einkommen, desto höher der Zuschlag!

Das entspricht den Beschlüssen des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der 29. Tagung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Darin war vorgesehen, Arbeiter und Angestellte mit geringem Einkommen wesentlich zu begünstigen.

Noch eine andere Tatsache ist wichtig:

Ersparnisse aus der Senkung der HO-Preise für Lebensmittel, die es auch auf Karten gab, werden erst bei Einkommen über 400,— DM bzw. 450,— DM in bestimmtem Umfange anerkannt. Die Vorteile aus der Senkung der Preise für andere Lebens- und Genußmittel, Industriewaren usw. bleiben bei der Zuschlagsregelung unberücksichtigt, so daß sie allen Werktätigen in vollem Umfange zugute kommen.

Es ist deutlich, daß durch die richtige Festsetzung des einheitlichen Preisniveaus und der differenzierten Zuschläge die erstrebte Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiter und Angestellten mit niedrigem Einkommen, wirkungsvoll eingeleitet wird.

Während die vorgesehenen Maßnahmen insgesamt eindeutig die unteren Einkommen begünstigen, erfahren auch die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz mit Einkommen über 800,— DM brutto keine Nachteile. Die Auswertung mehrerer tausend Haushaltsrechnungen ergibt, daß die Mehrausgaben für bisher auf Karten bezogene Lebensmittel bei diesen Einkommensgruppen durch die Senkung der HO-Preise für Nahrungs- und Genußmittel, Industriewaren und handwerkliche Leistungen ohne weiteres ausgeglichen werden. Außerdem erhalten sie auch für ihre Kinder den Kinderzuschlag.

Unternehmer, Handwerker und Bauern — mit Ausnahme der Mitglieder sozialistischer Produktionsgenossenschaften — erhalten keinen Ausgleich. Sie bringen dadurch einen Teil der Mittel auf, die den Arbeitern mit niedrigem Einkommen zugute kommen. Das ist gerechtfertigt und zumutbar, da sich von 1950 bis 1955 die Einkommen der Gewerbetreibenden und Handwerker durchschnittlich auf 223 Prozent erhöhten, die Einkünfte der Arbeiter jedoch in der gleichen Zeit auf 168 Prozent.

5.

Nach welchen Gesichtspunkten wurde der Zuschlag ermittelt?

Der im Lohnzuschlag enthaltene Ausgleichsbetrag ist sehr vorteilhaft festgelegt worden. Das ergibt sich daraus, daß für alle Arbeiter und Angestellten einheitlich die Mehraufwendungen für die bisher auf die Karten A (Republik) bezogenen Lebensmittel zugrunde gelegt wurden. Über 90 Prozent der Arbeiter und Angestellten erhielten jedoch bisher die Karten C und D, große Teile der Angestellten die Karte E. Alle Arbeiter und Angestellten, die bisher die Lebensmittelkarten B, C, D, E oder die Grundkarte erhielten, haben also durch den einheitlichen Ausgleich Vorteile.

Aus den mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführten Untersuchungen in Tausenden von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, die seit Monaten alle ihre Einnahmen und Ausgaben sorgfältig in Haushaltsbüchern notierten, ergibt sich durch den Ausgleichsbetrag nach der Karte A und die Lohnerhöhung folgendes:

- a) Für alle Arbeiter und Angestellten mit einem Durchschnittsverdienst bis zu 300,— DM verbessert sich die Lebenslage spürbar, weil der Zuschlag zum Lohn bzw. Gehalt meist bedeutend höher liegt als der erforderliche Ausgleich.

Das gilt auch für die Arbeiter, die bisher die A-Karte bezogen haben.

- b) Alle Arbeiter und Angestellten mit einem Bruttoverdienst über 300,— DM bis 800,— DM monatlich kommen im Durchschnitt durch den nach dem Bruttoverdienst differenzierten Zuschlag ebenfalls zu Vorteilen. Das gilt vor allem für Verheiratete mit Kindern für Ehepaare, wo beide Ehepartner arbeiten und für Alleinstehende. Geringfügige Mehraufwendungen für Lebensmittel können in Einzelfällen lediglich bei Ehepaaren ohne Kinder mit einem Einkommen über 600,— DM im Morat auftreten, wenn nur ein Ehepartner berufstätig ist. Andererseits sparen auch sie durch die Senkung der Preise für bestimmte Genußmittel, Industriewaren und handwerkliche Leistungen.

- c) Bei Arbeitern und Angestellten mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst über 800,— DM sind die Einsparungen aus der Senkung der HO-Preise in der Regel so groß, daß die Mehraufgaben für die bisher auf Lebensmittelskarten gekauften Waren oft mehr als aufgewogen werden. Berücksichtigt man alle mit der Abschaffung der Lebensmittelskarten verbundenen Preissenkungen, so haben auch diese Arbeiter und Angestellten mit höheren Verdiensten zum Teil beachtliche Vorteile. Es wurde aber erreicht, daß ihre Reallohn nicht mehr schneller steigen als für Arbeiter und Angestellte mit unteren Einkommen.

Die Abschaffung der Lebensmittelskarten mit der Regelung der Ausgleichszahlungen durch Zuschlag zum Lohn oder Gehalt trägt damit zur notwendigen Umverteilung des Volkseinkommens bei und liegt im Interesse der Arbeiterklasse.

Wie sich die Lage der Beschäftigten mit niedrigerem Einkommen verbessert, kommt in folgendem typischen Beispiel zum Ausdruck:

Eine alleinstehende Weberin ohne Kind bezog eine Lebensmittelskarte der Gruppe D und verdiente im Monat brutto . . . 300,— DM für Fleisch, Butter, Fette, Zucker, Milch und Eier (auf Marken und in der HO) gab sie im Monat aus . . . 28,00 .
Durch die neuen Preise muß sie für die gleiche Menge bezahlen . . . 42,00 .
Ihre Mehraufwendungen betragen also . . . 14,00 .
Sie erhält nun einen Zuschlag zum Lohn von . . . 36,— .
und gewinnt damit . . . 22,00 .
Die Zuschläge werden grundsätzlich nach dem Durchschnittsverdienst der einzelnen Beschäftigten gezahlt, so daß bei Haushaltsen, in denen beide berufstätig sind, noch größere Vorteile entstehen. Dafür ein typisches Beispiel:

Der Mann verdient als Brigadier durchschnittlich brutto . . . 300,— DM und die Frau als Putzfrau brutto . . . 200,— .
Sie haben zusammen . . . 500,— .
und gaben bisher für Fleisch, Wurst, Fett, Milch, Zucker und Eier . . . 81,25 .

im Monat aus, während sie nach neuen Preisen : : : : : 101,27 DM
für die gleiche Menge von Lebensmitteln zahlen müssen. Die
Aufwendungen haben sich also um 20,04 „
pro Monat erhöht.
Als Zuschlag zum Lohn erhält der Mann
monatlich 17,— DM
die Ehefrau monatlich 36,— „
so daß sie insgesamt 53,— „
als Zuschlag erhalten.
Dadurch gewinnt diese Familie 32,96 „
Es ist ratsam, solche Beispiele aus dem eigenen Betrieb zu berechnen. Das
ist ohne weiteres da möglich, wo Arbeiter und Angestellte in ihrem Haus-
halt Wirtschaftsbücher führen.
Jeder Arbeiter kann nach diesem Verfahren errechnen, wie sich seine
eigene Lebenshaltung verbessert.

6.

Besondere Sorge unseres Staates für die Familien

Mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten wird ein staatlicher Kinder-
zuschlag gezahlt.

Der Kinderzuschlag ist höher als die durch Abschaffung der Lebensmittel-
und Milkarten für Kinder entstehenden Mehrausgaben. Er stellt damit
Familien mit Kindern besser und ist der erste Schritt bei der Einführung
eines staatlichen Kindergeldes. Ausgehend von sozialen und bevölkerungs-
politischen Gesichtspunkten wird das staatliche Kindergeld noch wirksamer
zur Erhöhung des Lebensstandards der Familien mit Kindern beitragen.

Die Sorge unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates gilt aber auch dem wer-
denden Leben. Deshalb wird gleichzeitig mit der Abschaffung der Lebens-
mittelkarten die materielle und finanzielle staatliche Unterstützung zum
Schutze von Mutter und Kind und zur Sicherung der Rechte der Frau
neu geregelt.

Danach erhalten Mütter eine einmalige Beihilfe

		Verbesserung
bei der Geburt des ersten Kindes von	500,— DM	211,— DM
bei der Geburt des zweiten Kindes von	600,— DM	311,— DM
bei der Geburt des dritten Kindes von	700,— DM	311,— DM
bei der Geburt des vierten Kindes von	850,— DM	311,— DM
bei der Geburt des fünften Kindes und jedes weiteren von	1000,— DM	211,— DM

Diese großzügige Maßnahme erhöht die finanzielle Unterstützung wesent-
lich und wird die Geburtenentwicklung besser fördern. Die Regelung
schafft eine enge Bindung der werdenden und stillenden Mütter an die
Schwangeren- und Mütterberatungsstellen. Damit ist gewährleistet, daß
die vorbeugende und nachgehende gesundheitliche Betreuung der Mutter
und Säuglinge noch wirkungsvoller als bisher gestaltet wird. Aufgabe des
Betriebs ist es, den Müttern immer wieder zu erläutern, daß nur der
frühzeitige Besuch der Schwangerenberatungsstelle der werdenden Mutter

von Nutzen ist. — Gleichzeitig wird mit dieser bedeutenden Maßnahme die bestehende Zersplitterung in der Unterstützung beseitigt.

Um in den Familien, in denen nur ein Ehepartner über eigenes Einkommen verfügt, Nachteile zu vermeiden, erhalten Arbeiter und Angestellte mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst bis zu 800,— DM einen weiteren Zuschlag zum Lohn in Höhe von 5,— DM für ihren Ehegatten ohne eigenes Einkommen. Der Ehegattenzuschlag wird auch an Mitglieder sozialistischer Genossenschaften sowie an Studierende gezahlt, sofern die dazu festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

Wie sich die umfassenden sozialen Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterfamilien insgesamt auswirken, zeigen die folgenden Beispiele für die typische Familiengröße (zwei Erwachsene, ein Kind) in Tabelle Nr. 1 und für die durchschnittliche Einkommenshöhe (350,— bis 450,— DM brutto monatlich) in Tabelle Nr. 2.

Die Unterschiede in den bisherigen und dadurch auch in den neuen Ausgaben für Fleisch, Wurst, Fette, Milch, Zucker und Eier zwischen den einzelnen Haushalten ergeben sich

- a) aus den unterschiedlichen Lebensmittelkarten, die die einzelnen Haushalte erhielten,
- b) aus den unterschiedlichen Mengen, die die einzelnen Haushalte in der HO kauften,
- c) aus dem unterschiedlichen Gesamtverbrauch in den einzelnen Haushalten,
- d) aus den unterschiedlichen Qualitäten, die die einzelnen Haushalte kaufen.

Tabelle Nr. 1: Typische Familie (2 Erwachsene, 1 Kind)

Beruf	Arbeitsstelle	Brutto- verdienst DM	Ausgaben für Fleisch, Wurst, Fett, Milch, Zucker, Eier bisher DM	neu DM	Mehr- aufwand DM	Zuschlag für Ausgl. und Lohn- erhöhung DM	Ehegatten- zuschlag DM	Kinder- geld DM	Auswirkungen plus / minus DM
Beifahrer	MTB Wellerstedt	266,—	76,42	88,61	12,19	27,—	5,—	20,—	+ 26,81
Techn. Sach- bearbeiter	VEB Ernst Thäl- mann-Werk, Magdeh.	268,—	83,81	101,—	17,19	18,—	5,—	20,—	+ 25,81
Rangierleiter	VEB Verkehrs- betriebe Magde- burg	478,—	104,55	120,28	15,73	11,—	5,—	20,—	+ 20,27
Elektriker	VEB EKM Halberstadt	513,—	105,15	118,20	13,05	9,—	5,—	20,—	+ 20,95
Elektro- maschinenbauer	VEB Kraftwerk Halle	563,—	123,35	128,47	14,92	7,—	5,—	20,—	+ 17,08
Schlosser	VEB VTA Leipzig	640,—	113,90	126,61	22,71	7,—	5,—	20,—	+ 9,29
Lehrer	Berufsschule Dresden	700,—	63,38	84,33	20,95	5,—	5,—	20,—	+ 9,05
Schlosser	VEB Walzwerk Hettstadt	803,—	182,15	202,55	10,40	—	—	20,—	+ 9,60
Konstrukteur	VEB Büro- maschinenwerk Karl-Marx-Stadt	1100,—	141,57	163,58	22,02	—	—	20,—	— 2,02

☒ **Tabelle Nr. 2: Durchschnittliches Einkommen (350,— bis 450,— DM brutto).**

Beruf	Arbeitsstelle	Brutto- verdienst DM	Ausgaben für Fleisch, Wurst, Fette, Milch, Zucker, Eier bisher DM	neu DM	Mehr- aufwand DM	Zuschlag für Ausb. und Lohn- erhöhung DM	Phogation- zuschlag DM	Kinder- geld DM	Auswirkungen plus minus DM
1 Erwachsener und 1 Kind Weberin	VEB Textil kombinat Zittau	337,—	60,19	73,55	13,36	22,—	—	20,—	+ 28,64
1 Erwachsener und 2 Kinder Schreibkraft	VEB Kunstseiden- werk Elsterberg	326,—	100,50	114,05	13,55	23,—	—	40,—	+ 49,45
1 Erwachsener und 3 Kinder Versandleiterin	Isafa-Döllnitz Rente	352,— 120,—	136,03	143,50	7,47	20,—	—	60,—	+ 72,56
2 Erwachsene ohne Kinder Transport- arbeiter	VEB Ernst-Thäl- mann-Werk Magdeburg	480,—	106,88	111,11	4,23	11,—	5,—	—	+ 11,77
2 Erwachsene und 1 Kind Kaufm. Angestellter	VEB Diesel- motorenwerk Rostock	500,—	90,83	108,19	17,34	11,—	5,—	20,—	+ 18,68
2 Erwachsene und 2 Kinder Schlosser	VEB Eisenbau Leipzig	523,—	157,65	194,97	37,32	9,—	5,—	40,—	+ 16,68
2 Erwachsene und 3 Kinder Küschner	VEB Edelpelz Leipzig	440,—	165,24	196,71	31,47	13,—	5,—	60,—	+ 46,53

7.

**Wodurch wurde diese große Verbesserung der Lebenslage
der Werktätigen möglich?**

Die Annahme des Gesetzes zur Abschaffung der Lebensmittelkarten zeugt von der großen ökonomischen Stärke und der wirtschaftlichen Stabilität unserer Republik. Diese wurden durch die Friedenspolitik und die sozialistische Planwirtschaft in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat erreicht.

Die Arbeiter und Angestellten und die Intelligenz der Betriebe sollte man in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich unsere Wirtschaftspolitik, konsequent die Grundstoff- und Schwerindustrie vorrangig zu entwickeln, als richtig erwiesen hat. Wesentlich für die Fortschritte war die stete Erhöhung der Arbeitsproduktivität. In den sozialistischen Industriebetrieben stieg sie 1937 gegenüber dem Vorjahr je Produktionsarbeiter auf über 105 Prozent bei gleichzeitiger Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Industrie auf 45 Stunden. In den ersten Monaten des Jahres 1938 hat sich die Arbeitsproduktivität gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1937 um weitere 8,4 Prozent erhöht.

Diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik ermöglichte die verstärkte Herstellung und das größere Angebot von Industriewaren. Der Anteil der Industriewaren am Gesamtumsatz hat sich in den letzten Jahren ständig erhöht.

Die gute Entwicklung in der Industrie schuf die Voraussetzungen für die schnelle Ausdehnung unseres Außenhandels. Wir konnten mehr exportieren und daher auch mehr einführen. Der Warenumsatz mit den sozialistischen Ländern konnte 1937 gegenüber dem Vorjahre um 25,4 Prozent erhöht werden. In der gleichen Zeit wuchs der Handel mit den kapitalistischen Ländern um 23,7 Prozent und das Außenhandelsvolumen insgesamt seit 1933 um 49 Prozent. Die für eine kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung noch erforderliche Lebensmitteleinfuhr stieg folgendermaßen an:

Fleisch	auf 120 Prozent
Butter	„ 122 „
Fettkäse	„ 106 „
Oliven	„ 119 „

Auf Grund des Wachstums der ökonomischen Stärke des gesamten sozialistischen Lagers, durch die Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft können wir und die anderen sozialistischen Länder miteinander langfristige Verträge abschließen. Das hilft allen sozialistischen Ländern bei der stetigen und sicheren Entwicklung ihrer Volkswirtschaft.

Auch unsere Landwirtschaft schreitet dank der sozialistischen Umgestaltung rasch voran. Anfang April 1938 bestanden bereits 7 306 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die fast 28 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiten. Die Industrie belieferte in zunehmendem Maße die Landwirtschaft mit landwirtschaftlichen Maschinen und ermöglichte es, die Leistungen der Maschinen-Traktoren-Stationen ständig zu erhöhen.

Durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Erweiterung unseres Außenhandels konnte das Angebot an hochwertigen

Lebensmitteln laufend verbessert werden. So stieg zum Beispiel der Netto-Pro-Kopf-Verbrauch von 1956 bis 1957

bei Fleisch	von 45,6 kg	auf 48,5 kg
bei Butter	von 10,2 kg	auf 11,2 kg
bei Eiern	von 144 Stück	auf 173 Stück
bei Vollmilch	von 89,1 Ltr.	auf 94,3 Ltr.

Die Milchproduktion hat so zugenommen, daß der ständig wachsende Bedarf voll gedeckt werden kann. Die Erhöhung der Produktion von Schweinefleisch sichert ein kontinuierliches, reichhaltiges und hochwertiges Sortiment an Fleisch- und Wurstwaren.

An Eiern bestand zeitweise ein Überangebot; auch Butter und andere Fettwaren sind reichlich vorhanden. Die Sortimente bei Käse und Fleischwaren wurden wesentlich erweitert und hochwertige Margarinearten, zum Beispiel „Sahna“, fanden bei der Bevölkerung großen Anklang.

Die weitere Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, der Fortschritt bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, die Anwendung der modernen Technik und der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Feld und im Stall werden künftig eine noch höhere Produktion an Fleisch, Milch usw. bringen. Für den dritten Fünfjahrplan haben wir uns das Ziel gesetzt, die Versorgung mit diesen Erzeugnissen aus eigener Produktion vorzunehmen.

Vom Vertrauen zur Politik und zur wachsenden ökonomischen und politischen Kraft der Deutschen Demokratischen Republik getragen, ist der Sparwille der Bevölkerung ständig im Wachsen, so daß nicht unbeträchtliche Teile des Einkommens bei den Sparkassen und Banken gespart und nicht sofort ausgegeben werden. Hierzu trägt auch das große Wohnungsbauprogramm bei, das wir durchführen.

Man kann zusammenfassend sagen: Die wirklich bedeutenden Maßnahmen wurden möglich dank der richtigen Politik unserer Regierung und dank der großen Leistungen der Werktätigen in Stadt und Land, an deren Spitze die Arbeiterklasse steht.

Selbstverständlich kommt es nach dieser bisher umfangreichsten Verbesserung der Lebenshaltung ganz besonders darauf an, die Arbeiterklasse und die Werktätigen unserer Republik zur Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes aufzurufen. Es gilt, den Wettbewerbsverpflichtungen, die in großer Zahl zu Ehren des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übernommen wurden, gewissenhaft nachzukommen. Große Bedeutung kommt dabei der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch die tägliche Erfüllung der Pläne und die Ausarbeitung richtiger Normen zu.

Für die Funktionäre im Staatsapparat, in den Betrieben und in den Gewerkschaften kommt es jetzt darauf an, die Aufklärung der Werktätigen über die Bedeutung und den Inhalt des Gesetzes mit seiner schnellen und unbürokratischen Durchführung zu verbinden,

A. ERLÄUTERUNGEN
zur Lohnzuschlagsverordnung

1. Zuschlagsanspruch für Arbeiter und Angestellte

1. Allgemeine Begrenzung des Zuschlagsanspruchs für Arbeiter und Angestellte.

Bei der Begrenzung des Zuschlagsanspruchs auf monatlich 800,— DM brutto ist davon ausgegangen worden, daß der Verbrauch von HO-Waren mit steigendem Einkommen wächst, so daß Arbeiter und Angestellte mit höherem Verdienst durch die Senkung der HO-Preise größere Einsparungen erzielen als Werktätige mit niedrigem Verdienst.

Zur sozialen Besserstellung wird für Arbeiter und Angestellte bis zu einem monatlichen Durchschnittsverdienst von 380,— DM über den Ausgleich für Mehraufwendungen hinaus das Arbeitseinkommen erhöht. (In der Zuschlagstabelle läuft die Erhöhung bei 410,— DM aus.)

Für den Umfang der Erhöhung der niedrigen Löhne sind zwei Gesichtspunkte maßgebend. Einmal ist es die Absicht von Partei, Regierung und Gewerkschaften, den Geld- und Reallohn für mindestens die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten zu erhöhen und bestimmte ungerechtfertigt hohe Differenzierungen im Einkommen der Arbeiter und Angestellten zu mindern. Zum anderen müssen die finanziellen Mittel und Warenfonds, die nach dem erreichten Stande der Arbeitsproduktivität gegenwärtig zur Verfügung stehen, berücksichtigt werden. Die vorhandenen guten Möglichkeiten wurden in erster Linie von den Arbeitern und Angestellten mit vorbildlicher Initiative geschaffen.

Von großer sozialer Bedeutung ist, daß der monatliche Mindestverdienst für Arbeiter und Angestellte in der Deutschen Demokratischen Republik bei voller Arbeitszeit nach der Zuschlagstabelle zu dieser Verordnung grundsätzlich auf 220,— DM brutto festgelegt wird.

In welchem Umfange sich dadurch die Lebenslage der Beschäftigten in den untersten Lohn- und Gehaltsgruppen verbessert, geht zum Beispiel daraus hervor, daß Monatslöhner in der Lohngruppe I der übrigen Wirtschaft (Ortsklasse B) in Zukunft einen Zuschlag von 60,— DM erhalten. Das betrifft vor allem Reinigungsfrauen, Küchenfrauen, Pförtner und ähnliche Berufe, zum Beispiel in der Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie und anderen Zweigen. Diese wirksame Erhöhung der niedrigen Lohnneinkommen wird auch von den Arbeitern und Angestellten mit höherem Verdienst mit echtem Solidaritätsgefühl begrüßt werden, wie das in zahlreichen Aussprachen in Betrieben, Hochschulen usw. ausdrücklich betont wurde.

2. Differenzierung und Höhe des Zuschlages nach monatlichen Durchschnittsverdiensten.

Der Zuschlag für Arbeiter und Angestellte ist nach dem durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienst differenziert. Das hilft, die Einkommenstruktur der werktätigen Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik zu verbessern.

Sanitized Copy Approved for Release 2010/06/02 : CIA-RDP80T00246A044000250001-5

Niedrige Durchschnittsverdienste sind nicht identisch mit den Verdiensten in niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen. Zum Beispiel verdienen die Leistungslöhner der Lohngruppe III in der HV Automobilindustrie durchschnittlich etwa 450,— DM im Monat. In der Möbelindustrie verdienen dagegen qualifizierte Zeitlohnarbeiter der Lohngruppe VIII im Durchschnitt etwa 314,— DM monatlich.

Die Differenzierung des Zuschlages nach dem Durchschnittsverdienst soll also bewirken, daß die größte Lohnerhöhung denen zugute kommt, die bisher den geringsten Verdienst hatten.

Die günstigen lohnpolitischen Auswirkungen der Differenzierung des Zuschlages nach dem Durchschnittsverdienst werden in folgenden Beispielen deutlich:

Sanitized Copy Approved for Release 2010/06/02 : CIA-RDP80T00246A044000250001-5

Beispiel 1

Monatliche Durchschnittslöhne der Arbeiter im reinen Zeitlohn in der volkseigenen obst- und gemüseverarbeitenden Industrie, Ortsklasse A und B (vor und nach Abschaffung der Lebensmittelkarten),

Ortsklasse A							Ortsklasse B						
Lehn- gruppe	Stund- Lohn	Durch- schn- Lohn	Zu- schlag	Durch- schn- Lohn mit Zu- schlag	Alte Diff. z. Lohn- gr. I	Neue Diff. z. Lohn- gr. I	Stund- Lohn	Durch- schn- Lohn	Zu- schlag	Durch- schn- Lohn mit Zu- schlag	Alte Diff. z. Lohn- gr. I	Neue Diff. z. Lohn- gr. I	Differenz zwischen Ortsklassen alt neu
I	0,87	181,—	39,—	220,—	—	—	0,83	172,50	47,50	220,—	—	—	8,50 —
II	0,92	191,50	36,—	227,50	10,50	7,50	0,88	183,—	37,—	220,—	10,50	—	8,50 7,50
III	1,—	208,—	35,—	243,—	27,—	23,—	0,93	197,50	38,—	233,50	25,—	13,50	10,50 9,50
IV	1,11	231,—	32,—	263,—	30,—	43,—	1,06	218,50	34,—	252,50	46,—	32,50	12,50 10,50
V	1,23	256,—	30,—	286,—	75,—	66,—	1,21	251,50	30,—	281,50	79,—	61,50	4,50 4,50
VI	1,30	270,50	28,—	298,50	89,50	78,50	1,27	264,—	29,—	293,—	91,50	73,—	6,50 5,50
VII	1,38	287,—	27,—	314,—	106,—	94,—	1,35	281,—	27,—	308,—	108,50	88,—	6,— 6,—

8

Beispiel 2

Monatliche Durchschnittslöhne der Arbeiter im Zeit- und Leistungslohn in den Lohngruppen I bis IV, Übrige Chemie, Ortsklasse B (vor und nach Abschaffung der Lebensmittelkarten).

Zeitlöhner				Leistungslöhner				
Lohngruppe	Alter Durchschnittslohn	Zuschlag	Durchschnittslohn mit Zuschlag	Alter Durchschnittslohn	Zuschlag	Durchschnittslohn mit Zuschlag	Einkommensdifferenz der Zeit- und Leistungslöhner als	neu
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I	200,—	33,—	241,—	201,—	26,—	317,—	85,—	76,—
II	241,—	31,—	272,—	268,—	18,—	383,—	123,—	113,—
III	273,—	28,—	302,—	418,—	12,—	431,—	143,—	128,—
IV	347,—	21,—	368,—	488,—	11,—	499,—	141,—	131,—

Das Beispiel 1 zeigt, daß mit Hilfe des Zuschlages die Lage der Arbeiter und Angestellten mit niedrigem Einkommen wesentlich verbessert wird. Dabei verringert sich die Lohndifferenzierung zum Teil erheblich.

Am Beispiel 2 wird insbesondere ersichtlich, daß die Differenzierung des Zuschlages nach Durchschnittsverdiensten wesentlich dazu beiträgt, die zum Teil starken Unterschiede im Verhältnis zwischen Tarif- und Effektivlohn abzuwächen und damit künftige tarifpolitische Maßnahmen zur Erhöhung des Tariflohnanteiles am Effektivlohn zu erleichtern. Im Beispiel verringert sich die Differenz zwischen den Verdiensten der Zeitlöhner und Leistungslöhner in der Lohngruppe III um 18,— DM monatlich. Die starken Unterschiede im Durchschnittsverdienst der einzelnen Lohngruppen werden ebenfalls geringer. Vor allem ist zu beachten, daß die zum Teil ungerechtfertigten Unterschiede innerhalb der Lohngruppen abgeschwächt werden. Von zwei Leistungslöhnern der Lohngruppe II verdient zum Beispiel der eine 291,— DM und der andere 498,— DM brutto im Monat. Der Unterschied beträgt innerhalb der gleichen Lohngruppe nicht weniger als 197,— DM. Jetzt erhält der erstere der beiden Leistungslöhner einen Zuschlag von 26,— DM, der letztere aber nur 11,— DM. Dadurch verringert sich die Differenz zwischen den Bruttoverdiensten um 18,— DM auf 182,— DM im Monat.

Alles in allem wirkt sich demzufolge die Differenzierung des Zuschlages nach dem Durchschnittsverdienst günstig auf die sozial- und lohnpolitischen Bestrebungen von Partei und Regierung aus.

Jetzt Zuschläge — keine allgemeine Tarifierhöhung

Von verschiedenen Seiten ist der Vorschlag gekommen, den Ausgleich der durch Abschaffung der Lohnmittelkarte entstandenen Mehraufwendungen und die Erhöhung der niedrigen Einkommen durch eine Veränderung der geltenden Tarife zu erreichen. Dieser Vorschlag wurde sehr gründlich geprüft. Er mußte jedoch verworfen werden.

Der Ausgleich der Mehraufwendungen und die Besserstellung der niedrigen Lohnverdiensten durch erhöhte Tarife hätte nicht zur Umverteilung beigetragen und damit der lohnpolitischen Zielsetzung von Partei und Regierung widersprochen.

Die erwähnten beiden Leistungslöhner der Lohngruppe II würden, als Ausgleich der Mehraufwendungen und zur Erhöhung der niedrigen Lohnverdiensten die gleiche Tarifierhöhung erhalten, obwohl der erste nur 291,— DM, der andere aber 498,— DM monatlich verdient. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß der Betrag für Ausgleich und Lohnverhöhung mit steigender Normerfüllung wachsen würde. Bei 200 Prozent Normerfüllung würde der Ausgleichs- und Erhöhungsbetrag doppelt so groß sein, wie bei einer Normerfüllung von 100 Prozent.

Die zum Teil bestehenden Widersprüche zum Leistungsprinzip, in der Hauptsache hervorgerufen durch Mängel und Unterschiede in der Normenarbeit, würden dadurch weiter verstärkt werden. Um das zu vermeiden, wären bei einer allgemeinen Regelung des Ausgleichs und der Erhöhung der unteren Einkommen der Arbeiter und Angestellten über Tarifveränderungen gleichzeitig umfangreiche lohnregulierende

Maßnahmen und die kurzfristige Einführung fortschrittlicher Arbeitsnormen notwendig gewesen. Das sind jedoch Aufgaben, die man nicht kurzfristig und administrativ lösen kann. Sie erfordern eine ständige zielstrebige, auf lange Sicht gerichtete Arbeit, die nur in engster Verbindung mit der breiten Masse der Arbeiter und Angestellten vorgenommen werden kann. Ohne Zweifel hätte die Verbindung solcher umfassenden lohnregulierenden Maßnahmen mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten alle Fragen außerordentlich kompliziert und für die Arbeiter und Angestellten unübersichtlich gemacht.

Zahlreiche Aussprachen mit Produktionsarbeitern, mit Meistern, mit Parteio- und Gewerkschaftsfunktionären aus den Betrieben, mit Arbeitsdirektoren und anderen Wirtschaftlern haben eindeutig ergeben, daß gegenwärtig die Regelung des Ausgleichs und der Erhöhung mittels eines differenzierten Zuschlages zum Durchschnittsverdienst am besten den Interessen der Arbeiterklasse und dem von Partei, Regierung und Gewerkschaften angestrebten Ziel der Umverteilung gerecht wird.

Die Differenzierung des Zuschlages nach Durchschnittsverdiensten ist darüber hinaus eine wichtige Maßnahme zur Vorbereitung der auf dem 31. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Perspektivaufgaben auf dem Gebiet der Arbeit und des Lohnes. In diesem Zusammenhang soll der Zuschlag zu einem späteren Zeitpunkt in die Lohn- und Gehaltstarife einbezogen werden.

Einheitlicher Zuschlag — keine Differenzierung nach Lebensmittelkarten

Nach der Verordnung ist der Zuschlag unabhängig von der bisher bezogenen Lebensmittelkarte nach den in der Zuschlagstabelle aufgeführten Sätzen zu zahlen.

Es gab auch Meinungen, den Ausgleich für Mehraufwendungen nach der Kartengruppe vorzunehmen, die der einzelne Arbeiter bzw. Angestellte bezogen hat. Die Mehrzahl der befragten Arbeiter und Funktionäre sprach sich jedoch für einen einheitlichen Zuschlag aus, da die Karteneinstufung nach dem gegenwärtigen Stand, besonders unserer Tarifgestaltung, weitgehend überholt ist. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die bestehenden Einstufungsrichtlinien sehr viele Auslegungsmöglichkeiten offen ließen und im Laufe der Jahre zahlreiche Fehleinstufungen entstanden sind, so daß die gegenwärtige Kartenzuteilung seit längerem von vielen Arbeitern und Angestellten als nicht mehr gerecht empfunden wurde. Ein differenzierter Ausgleich nach den einzelnen Kartengruppen hätte aber bewirkt, daß solche Ungerechtigkeiten und Fehleinstufungen nunmehr in Geldform fortgesetzt würden. Dem einheitlichen Zuschlag wurde daher im Interesse der Werktätigen nach gründlicher Überprüfung der Vorzug gegeben.

Die Zahlung des Zuschlages unabhängig von der bezogenen Lebensmittelkarte bringt vor allem Vorteile für die niedrigen Einkommen. Der im Zuschlag enthaltene einheitliche Ausgleichsbetrag entspricht den Mehraufwendungen, die sich beim Kauf der bisher auf Karte A bezogenen Lebensmittel zu neuen Preisen unter Berücksichtigung geringer Käufe in der HO ergeben.

Über 5 Millionen Arbeiter und Angestellte in der gesamten Volkswirtschaft erhielten jedoch die Lebensmittelkarte G, E, D, C oder B. Durch die einheitliche Ausgleichsregelung nach der Karte A erhalten also über 90 Prozent aller Arbeiter und Angestellten Vorteile. Das betrifft in noch stärkerem Maße die Werktätigen mit niedrigem Einkommen, wie folgendes Beispiel zeigt:

Struktur der Verteilung der Lebensmittelkarten an Arbeiter und Angestellte in der Deutschen Demokratischen Republik mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst bis 400,— DM.

9,7 Prozent dieser Beschäftigten erhielten die Grundkarte
8,0 Prozent dieser Beschäftigten erhielten die Karte E
68,4 Prozent dieser Beschäftigten erhielten die Karte D
29,1 Prozent dieser Beschäftigten erhielten die Karte C
4,4 Prozent dieser Beschäftigten erhielten die Karte B
9,4 Prozent dieser Beschäftigten erhielten die Karte A

Aus diesen Zahlen geht eindeutig hervor, daß die Beschäftigten bis zu einem monatlichen Durchschnittsverdienst von 400,— DM bereits durch den einheitlichen Ausgleichsbetrag bis auf 9,4 Prozent (das sind 4 von 1000 Arbeitern) begünstigt werden.

Würde der Ausgleichsbetrag für jede Kartengruppe gesondert festgelegt werden, so hätte das außerdem bedeutet, für jede Gruppe Tabellen anzulegen. Der Arbeitsaufwand zur Berechnung des Zuschlages und zur Ermittlung des Kartensystems der einzelnen Arbeiter und Angestellten wäre um ein Vielfaches größer als beim einheitlichen Ausgleichsbetrag gewesen.

Zur Feststellung des Zuschlagsanspruchs für Arbeiter und Angestellte sind nunmehr keine besonderen Vorarbeiten erforderlich. Es ist lediglich zu beachten, daß Beschäftigte mit einem monatlichen Bruttoeinkommensverdienst über 500,— DM keinen Anspruch auf Zuschlag haben.

2. Zuschlagsanspruch für erhaltende Alters- und Invalidenrentner.

Bei erhaltenden Alters- und Invalidenrentnern sind besondere Vorarbeiten zur Feststellung des Zuschlagsanspruchs erforderlich.

Nach der Lebensumhangsverordnung ist bei Berechnung des Zuschlages für erhaltende Alters- und Invalidenrentner der bereits von der Rentenstelle gewährte Zuschlag anzurechnen. Es ist deshalb zu empfehlen, eine Liste anzulegen, in die Liste sind folgende Rentner, die von der Einrichtung des eigenen Beitragsanteiles zur Sozialversicherung befreit sind, aufzunehmen:

**Altersrentner,
Invalidenrentner,
Bergmanns-Altersrentner nach Vollendung des 60. oder 65. Lebensjahres.**

nicht dagegen:

Bergmanns-Altersrentner nach Vollendung des 50. Lebensjahres.

Bergmanns-Invalidentrentner,
VdN-Altersrentner,
VdN-Invalidentrentner mit einer Erwerbsminderung ab 66 2/3 Prozent
und einer Verdienstminderung um mindestens 33 1/3 Prozent.
Diese Rentner sind den Betrieben namentlich bekannt, so daß die Auf-
stellung der Liste nicht schwierig ist.

II. Berechnung des Zuschlages

1. Berechnung des Zuschlages für Vollbeschäftigte.

a) Berechnung des Durchschnittsverdienstes bei längerer Betriebszugehörigkeit:

Aus der Zuschlagstabelle wird ersichtlich, welcher Zuschlag bei einem bestimmten Durchschnittsverdienst zu zahlen ist.

Bevor der Zuschlag nach der Zuschlagstabelle festgelegt werden kann, ist für jeden Arbeiter und Angestellten der monatliche Durchschnittsverdienst aus den letzten 12 abgerechneten Monaten zu ermitteln. Dabei sind nach § 26 Abs. 4 der Verordnung zur Wahrung der Rechte der Werkstätten vom 20. Mai 1933 einmalig gewährte Prämien, Vergütungen für Einzelleistungen und Überstunden sowie Trennungsgelder, Fahr- und Weggelder nicht zu berücksichtigen. Durch die Festlegung des Zuschlages nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 12 Monate werden Lohnrückstellungen ausgeglichen, die besonders bei Leistungslöhnen und in Wirtschaftszweigen mit Saisoncharakter auftreten.

b) Berechnung des Durchschnittsverdienstes bei einer Beschäftigung von weniger als 12 Monaten.

Bei Arbeitern und Angestellten, die am 31. Mai 1933 noch nicht 12 Monate im Betrieb beschäftigt sind, kann der Durchschnittsverdienst naturgemäß erst vom Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme an berechnet werden.

Wenn ein Arbeiter z. B. im Monat Januar 1933 eingestellt worden ist, muß der Durchschnittsverdienst von diesem Zeitpunkt an für die 5 Monate bis zur Abschaffung der Lebensmittelkarten berechnet werden.

Bei Neueinstellungen kann ein repräsentativer Durchschnittsverdienst dann ermittelt werden, wenn eine genügend lange Beschäftigung vorliegt. Deshalb ist in der Verordnung bestimmt, daß zunächst ein voraussichtlicher Durchschnittsverdienst festzulegen ist. Bei Arbeitern und Angestellten mit festen Löhnen und Gehältern ist das ohne weiteres durch Vergleich mit den entsprechenden Tariflöhnen möglich. Um den zu erwartenden Durchschnittsverdienst insbesondere bei Leistungslöhnen mit einiger Sicherheit festzusetzen, ist es zweckmäßig, sich an der durchschnittlichen realen Normerfüllung der Arbeiter mit gleicher Arbeit zu orientieren.

Beispiel:

Auf Grund der durchschnittlichen Normerfüllung der zum Vergleich herangezogenen Arbeiter und der Lohngruppe des Neueingestellten muß für ihn ein monatlicher Durchschnittsverdienst von 420.— DM angenommen werden.

Dementsprechend ist zunächst für den Zeitraum von 3 Monaten ein Zuschlag von monatlich 13.— DM zu zahlen.

Nach Ablauf dieser Zeit ist der tatsächliche Durchschnittsverdienst exakt zu errechnen und der Zuschlagszahlung zugrunde zu legen.

Erreicht danach der neueingestellte Arbeiter nicht die angenommenen 420.— DM, sondern nur 382.— DM, dann ist der Zuschlag von 13.— DM auf 16.— DM zu erhöhen. Für diese 3 Monate ist der zu wenig gezahlte Betrag von 9.— DM nachzuzahlen. Zuviel gezahlte Beträge sind nicht zurückzufordern. Hier ist der Zuschlag lediglich zu korrigieren.

Sinngemäß ist auch zu verfahren, wenn ein Arbeiter oder Angestellter am 31. Mai 1968 noch nicht länger als 8 Wochen im Betrieb tätig ist.

c) Festlegung des Zuschlages.

Nachdem der Durchschnittsverdienst für jeden Arbeiter oder Angestellten festliegt, ist die Höhe seines Zuschlages nach der Zuschlagstabelle zu ermitteln. In dieser Höhe wird der Zuschlag monatlich unabhängig von Schwankungen des Verdienstes und der Arbeitszeit bis zum Ende des Planjahres gezahlt.

Zur Erläuterung wird empfohlen, den nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 12 Monate festgelegten Zuschlag auf die Jahreslohn- bzw. Gehaltskarte aufzutragen, damit nicht jeden Monat die Zuschlagstabelle zur Hand genommen werden braucht.

2. Berechnung bei teilweiser Gewährung des Zuschlages.

a) Berechnung des Zuschlages bei Teilbeschäftigung.

Als Teilbeschäftigte gelten Arbeiter und Angestellte, die arbeitsvertraglich vereinbart haben, daß sie Halbtagsarbeit verrichten oder nur stunden- bzw. tageweise arbeiten.

Nicht als Teilbeschäftigte gelten dagegen:

Arbeiter und Angestellte, die laut Anordnung vom 1. Juli 1954 über die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit unter besonders schweren und gesundheitsgefährdenden Bedingungen bzw. auf Grund von Arbeitsschutzvereinbarungen eine kürzere Arbeitszeit haben.

aa) Berechnung des Durchschnittsverdienstes.

Für Teilbeschäftigte kann der Durchschnittsverdienst aus dem Bruttoverdienst der letzten 3 abgerechneten Monate ermittelt werden.

Um Vorteile gegenüber Vollbeschäftigten zu vermeiden, ist dabei der Durchschnittsverdienst so zu berechnen, als ob sie über die volle monatliche Arbeitszeit tätig gewesen wären.

Bei Teilbeschäftigten im Gehalt, Monatslohn oder im reinen Zeitlohn ist das ohne weiteres möglich, sofern der Bruttoverdienst des Betreffenden keine anderen Lohnbestandteile als den tariflichen Grundlohn enthält.

Für Teilbeschäftigte, deren Bruttoverdienst schwankend ist oder steigerungsfähige Lohnbestandteile enthält, wie Mehrleistungslohn und Erschwerniszuschläge, ist der Durchschnittsverdienst der letzten 3 Monate wie folgt zu ermitteln:

$$\frac{\text{Gesamtverdienst der letzten 3 Monate}}{\text{Anzahl der in den letzten 3 Monaten geleisteten Arbeitsstunden}} = \text{Stundenverdienst}$$

z. B.

$$\frac{360,- \text{ DM Gesamtverdienst}}{180 \text{ Stunden Arbeitszeit}} = 2,- \text{ DM}$$

$$2,- \text{ DM} \times 195 \text{ Stunden} = 390,- \text{ DM}$$

(bzw. 208 Stunden) errechneter Durchschnittsverdienst

Der Durchschnittsverdienst der letzten 3 Monate ist auch für die Teilbeschäftigten nach § 26 Abs. 4 der Verordnung zur Wahrung der Rechte der Werk tätigen vom 20. Mai 1952 zu ermitteln,

ab) Die Festlegung des Zuschlages.

Nachdem der Durchschnittsverdienst für Teilbeschäftigte ermittelt ist, wird zunächst die Zuschlagshöhe nach der Zuschlagstabelle ermittelt,

Zum Beispiel:

Für einen Teilbeschäftigten ist errechnet worden, daß er bei Vollbeschäftigung einen durchschnittlichen Monatsverdienst von 390,- DM. hätte. Nach der Zuschlagstabelle wären dafür 17,- DM als Zuschlag festzulegen. Davon ist jedoch nur der Anteil zu zahlen, der dem Verhältnis der geleisteten Arbeitszeit zur monatlichen Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung entspricht.

Um zu hohem Aufwand zu vermeiden, kann das Verhältnis überschlagig ermittelt werden.

Zum Beispiel:

Im Durchschnitt hat ein Teilbeschäftigter in den letzten 3 Monaten 8 volle Tage monatlich gearbeitet, dementsprechend sind auch nur $\frac{8}{26}$ des in der Zuschlagstabelle abgelesenen Betrages als Zuschlag zu zahlen.

Der errechnete Durchschnittsverdienst des Betreffenden würde sich bei Vollbeschäftigung auf 390,- DM belaufen, wofür laut Zuschlagstabelle 17,- DM Zuschlag vorgesehen sind. Davon sind $\frac{8}{26}$ ($17:26 = 0,65 \times 8$) = 5,20 DM zu zahlen.

Bei teilbeschäftigten Heimarbeitern, die ohne Anrechnung der benötigten Arbeitszeit nach Stückpreisen entlohnt werden, ist die anteilig geleistete Arbeitszeit nach der durchschnittlichen Normerfüllung der Betriebsarbeiter mit gleicher Tätigkeit zu errechnen.

ac) Mindestzuschlag für Teilbeschäftigte.

Oft arbeiten Teilbeschäftigte nur stunden- oder tageweise. In der Verordnung ist deshalb festgelegt, daß an Teilbeschäftigte ein Mindestzuschlag von 3,— DM gezahlt werden muß.

Zum Beispiel:

Die Aushilfsverkäuferin einer HO-Fleischerei wird im Monat durchschnittlich 24 Stunden oder 3 volle Arbeitstage beschäftigt. Der für sie errechnete Durchschnittsverdienst wurde bei Vollbeschäftigung 270,— DM ausmachen, wofür 29,— DM Zuschlag zu zahlen wären. Von diesem vollen Zuschlag in Höhe von 29,— DM wären für die stundenweise beschäftigte Aushilfsverkäuferin nur $\frac{1}{3}$ ($29:3 = 9,66$) = 3,36 DM zu zahlen.

Dadurch wäre sie gegenüber einer nicht arbeitenden Ehefrau, für die 5,— DM Ausgleich gezahlt wird, benachteiligt. Deshalb wurde der Mindestzuschlag für Teilbeschäftigte dem Ehegattenzuschlag gleichgesetzt.

b) Berechnung des Zuschlages für Jugendliche.

In § 40 des Gesetzes der Arbeit vom 19. April 1950 ist festgelegt, daß Jugendliche bis zu 16 Jahren wöchentlich nicht mehr als 42 Stunden beschäftigt werden dürfen.

Während die Jugendlichen in Westdeutschland oft nur einen Bruchteil des Lohnes älterer Arbeiter erhalten, ist das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Deutschen Demokratischen Republik schon seit langem verwirklicht.

Der Arbeitslohn der Jugendlichen bis zu 16 Jahren bezieht sich jedoch wegen des besonderen Schutzes ihrer Arbeitskraft auf eine verkürzte Arbeitszeit von 42 Stunden wöchentlich. Bei gleichem Stundenverdienst haben sie deshalb einen niedrigeren Monatsverdienst als erwachsene Arbeiter. Die in der Zuschlagstabelle angeführten Zuschläge beziehen sich demgegenüber auf Durchschnittsverdienste, die bei voller monatlicher Arbeitszeit erreicht werden (195 bzw. 204 Stunden). Der Arbeitslohn dieser Jugendlichen ist aber auf die wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden berechnet. Bliebe das unberücksichtigt, dann würden die Jugendlichen einen höheren Zuschlag bekommen als Arbeiter mit einer Arbeitszeit von 45 bzw. 48 Stunden. Da das nicht vertretbar ist, wird der Zuschlag wie bei Teilbeschäftigten entsprechend der geleisteten Arbeitszeit berechnet.

Bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren sind die aus ihrer verkürzten Arbeitszeit resultierenden Lohnunterschiede unerheblich. Sie erhalten den vollen Zuschlag nach der Zuschlagstabelle.

Zuschlag für Lehrlinge und Anlernlinge.

Für Jugendliche, die sich in einem Lehrverhältnis befinden, werden die Mehraufwendungen bei der Abschaffung des Lebensmittel-

kürten durch die Erhöhung der Lehrlingsentgelte ausgeglichen. (Vgl. Verordnung über die Erhöhung der Lehrlingsentgelte vom 28. Mai 1958).

Personen, die sich in einem kurzfristigen **Ausbildungsverhältnis** befinden (Auszubildende), erhalten wie Lehrlinge einen Zuschlag von 15,— DM brutto monatlich zu ihrem Entgelt oder ihrer sonstigen Vergütung als Ausgleich.

c) Berechnung des Zuschlages bei Neuaufnahme (Begründung) oder Lösung (Beendigung) eines Arbeitsrechtsverhältnisses.

Nach der Verordnung ist der Zuschlag bei Begründung oder Beendigung eines Arbeitsrechtsverhältnisses (Wechsel der Arbeitsstelle) während des laufenden Monats wie bei Teilbeschäftigung zu zahlen. Arbeiter und Angestellte, die während des laufenden Monats ausscheiden oder neu eingestellt werden, haben naturgemäß nur Anspruch auf Zahlung entsprechend der geleisteten Arbeitszeit.

Zum Beispiel:

Im August 1958 scheidet ein Arbeiter aus dem Betrieb aus. Auf Grund der geleisteten Arbeitszeit hat er noch für 11 Arbeitstage Anspruch auf Zuschlag.

Bei voller monatlicher Arbeitszeit wären 22,— DM Zuschlag zu zahlen. Wegen des Ausscheidens aus dem Betrieb sind jedoch nur 11,— DM dieser Summe, nämlich 0,31 DM Restzuschlag zu zahlen.

Die Regelung in der Verordnung sichert Arbeitern und Angestellten auch für den Monat, in welchem sie einen Betriebswechsel vornehmen, den vollen Zuschlag. Gleichzeitig werden Doppelbezahlungen ausgeschlossen.

3. Berechnung des Zuschlages für arbeitende Alters- und Invalidenrentner

Maßgebend für die Berechnung des Zuschlages an arbeitende Rentner ist, daß sie Anspruch auf Zuschlag wie alle Arbeiter und Angestellten haben. Die Rente darf bei ihrem Bruttoverdienst nicht angerechnet werden. Der Zuschlag wird also zunächst wie bei anderen Arbeitern und Angestellten nach der Zuschlagstabelle ermittelt.

Da Rentner nun von der Sozialversicherung bereits einen Zuschlag zu ihrer Rente erhalten, sind diese 9,— DM von dem aus der Zuschlagstabelle ermittelten Zuschlag abzusetzen.

Zum Beispiel:

Der Durchschnittsverdienst eines Vollrentners beträgt monatlich 27,30 DM, wofür 29,— DM als Zuschlag vorgesehen sind. Vom Betrieb soll also nur noch 20,— DM zu zahlen.

Es gab noch Meinungen, für arbeitende Rentner keinen Zuschlag durch die Sozialversicherung zu zahlen, dafür aber von der Arbeitsstelle einen vollen Zuschlag zu gewähren. Danach hätte die Masse der nicht in Arbeit stehenden Rentner nachweisen müssen, daß sie in keinem Arbeitsrechtsverhältnis stehen. Ein zweifellos unverständliches Verfahren! Demgegenüber sind die Rentner der Sozialversicherung in den Betrieben bekannt, da sie von der Beitragspflicht zur Sozialversicherung befreit sind. Den Betrieben ist daher zu empfehlen, für die betreffenden Rentner eine namentliche Liste zur Errechnung des Zuschlages aufzustellen.

Rentner, bei denen der Durchschnittsverdienst monatlich über 500,— DM brutto liegt, bleiben bei der betrieblichen Zuschlagszahlung unberücksichtigt.

Vermeidung von Doppelzahlungen des Zuschlages bei rückwirkender Rentengewährung.

Werden Alters- bzw. Invalidenrenten neu gewährt, so kann es vorkommen, daß der Zuschlag zur Rente von der Sozialversicherung über Monate rückwirkend gezahlt wird.

Während dieser Zeit hat der Antragsteller jedoch den ihm zustehenden Zuschlag voll vom Betrieb erhalten. Mit der rückwirkenden Rentenzahlung erhält er nun einen weiteren Zuschlag in Höhe von 9,— DM. Er hat daher monatlich 9,— DM zuviel erhalten.

Alters- und Invalidenrentner sind vom Zeitpunkt ihres Rentenanspruches an von der Beitragspflicht zur Sozialversicherung befreit. Die zuviel gezahlten Sozialversicherungsbeiträge werden demnach zurückerstattet. Dabei sind die überschüssigen Lohnzuschläge vom Betrieb anzurechnen. Zuviel gezahlte Zuschlagsbeträge, die den zu erstattenden Beitragsanteil übersteigen, sind jedoch nicht zurückzufordern. (Für den Ehegattenzuschlag gilt das gleiche.)

4. Pfändung der Zuschläge und Berücksichtigung bei Unterhaltspflichten.

Die an Arbeiter und Angestellte als Ausgleich für Mehraufwendungen und zur Lohnerhöhung gezahlten Zuschläge sowie die Sonder-, Ehegatten- und Kinderzuschläge sind unpfändbare Einkünfte im Sinne der Verordnung vom 9. Juni 1953 über die Pfändung von Arbeitsentkommen. Die genannten Zuschläge sind bei der Neu festsetzung von Unterhaltspflichten nicht heranzuziehen. Bestehende Unterhaltspflichten erhöhen sich nicht auf Grund der Abschaffung der Lebensmittelkarten und der Herstellung eines einheitlichen Preisniveaus. Arbeiter und Angestellte, die z. B. ihren unterhaltsberechtigten Angehörigen im Falle der Hilfsbedürftigkeit Unterkunft gewähren, haben die Zuschlagsbeträge entsprechend der Rentenzuschlagsverordnung nicht zu zahlen, da diese auf Antrag den unterstützten Personen durch die staatlichen Organe gewährt werden.

III. Änderung des Zuschlages

Der Zuschlag für Ausgleich und Erhöhung ist seinem Wesen nach eine Sozialleistung des Arbeiter- und Bauern-Staates, die nicht unmittelbar von der Höhe der Arbeitsleistung des einzelnen, sondern von seiner sozialen Lage abhängig ist, soweit diese durch den monatlichen Bruttoverdienst bestimmt wird.

In der Verordnung ist deshalb eindeutig festgelegt, daß der Zuschlag im Verlaufe des Kalenderjahres nicht geändert werden soll. Im Prinzip ist demnach jeden Monat der gleiche Zuschlag zu zahlen, der auf Grund des Durchschnittsverdienstes errechnet worden ist.

Das gilt auch dann, wenn sich die Lohn- und Gehaltsgruppe eines Arbeiters oder Angestellten verändert. In der Regel wird es sich dabei um Höherstufungen handeln, so daß für die Arbeiter und Angestellten durch die Weiterzahlung des alten Zuschlages Vorteile entstehen.

Die gleichbleibende Zuschlagszahlung gewährleistet, daß der Anreiz zur Qualifizierung und Leistungssteigerung nicht gemindert wird. Sie hebt den sozialen Charakter der getroffenen Regelung hervor. Aus den gleichen Gründen müssen die betrieblichen Gewerkschaftsorgane auch darauf achten, daß der Zuschlag nicht etwa dazu benutzt wird, Lohn- oder Normen- bzw. Akkordkorrekturen vorzunehmen.

Die gleichbleibende Zahlung soll den Betrieben außerdem die Arbeit erleichtern helfen und verhindern, daß der Zuschlag jeden Monat neu und zeitraubend berechnet werden muß.

IV. Gewährung des Zuschlages bei Arbeitsunfähigkeit, Urlaub, Lehrgängen und bezahlter Freistellung von der Arbeit

Um die Lohnberechnung nicht weiter zu komplizieren, ist es notwendig, den Zuschlag in der Regel für den ganzen Monat zu zahlen. Das ist auch ökonomisch und von der sozialen Seite her in all den Fällen gerechtfertigt, wo der Arbeiter auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von der Arbeit freigestellt ist, z. B. bei Umzug, Todesfällen in der Familie usw. Selbstverständlich gilt das auch für alle Freistellungen, die wegen der Wahrnehmung staatspolitischer bzw. gesellschaftlicher Interessen gewährt werden. In der Verordnung ist deshalb festgelegt, daß der Zuschlag in voller Höhe und ohne jegliche Abzüge weiterzuzahlen ist, so, als ob der Betreffende über die volle monatliche Arbeitszeit tätig gewesen wäre. Hiervon sind solche Fälle ausgenommen, in denen der Werkfähige auf seinen Wunsch von der Arbeit freigestellt wird, ohne daß der Betrieb rechtlich dazu verpflichtet ist. Es besteht dann nur Anspruch auf Zuschlag entsprechend der geleisteten Arbeitszeit.

Erleichterungen bei Arbeitsunfähigkeit

Bei Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Vorschriften der Sozialversicherung oder bei Quarantäne ist der Zuschlag ebenfalls ohne jede Einschränkung weiterzuzahlen, d. h. auch unabhängig von der Dauer der Arbeitsunfähigkeit.

Das ist von großer sozialer Bedeutung für die Beschäftigten mit niedrigem Einkommen. Sie erhalten während der Arbeitsunfähigkeit nicht nur den höchsten Ausgleichsbetrag von 14,— DM, sondern auch den vollen Betrag für die Lohnerhöhung.

Die Bestimmungen der Verordnung erleichtern auch die Lage solcher Kranken, für die wegen der Höhe ihres Einkommens ein Zuschlag unter 14,— DM festgelegt ist oder die keinen Anspruch auf Zuschlag haben. Bei Arbeitsunfähigkeit ist nach Wegfall des Lohnausgleiches auch an solche Arbeiter und Angestellten der höchste Ausgleichsbetrag von 14,— DM zu zahlen.

Begann oder endet die Arbeitsunfähigkeit während des laufenden Monats, so ist der Betrag von 14,— DM nur dann zu zahlen, wenn der Arbeitslohn für den betreffenden Monat zuzüglich Krankengeld nicht mehr als 410,— DM brutto beträgt. Liegt das monatliche Einkommen über diesem Betrag, so ist der Zuschlag wieder nach den allgemeinen Bestimmungen zu zahlen.

Beispiel:

Ein leitender Angestellter mit einem Durchschnittsverdienst von 900,— DM ist 7 Monate arbeitsunfähig. Nachdem sein Anspruch auf Lohnausgleich

erloschen ist, erhält er nunmehr für den vollen Monat einen Zuschlag von 14,— DM. Endet seine Arbeitsunfähigkeit zu Anfang eines Monats, z. B. am 3. oder 4., so ist ihm nach den allgemeinen Bestimmungen dieser Verordnung für den laufenden Monat kein Zuschlag mehr zu zahlen.

Die Krankengeldzahlung des FDGB oder eine Unterstützung durch den Betrieb bzw. eine zusätzliche Krankengeldversicherung werden nicht angerechnet. Das gilt auch dann, wenn der Kranke stationär behandelt wird (Krankenhaus, Sanatorium, Genesungsheim usw.).

Die Zuschläge für Arbeiter und Angestellte sowie für ihre Ehegatten ohne eigenes Einkommen und ihre Kinder sind während der Krankheit grundsätzlich vom Betrieb zu zahlen. Das gilt auch, wenn zum Krankengeld kein Lohnausgleich mehr gezahlt wird. Nur wenn das Arbeitsrechtsverhältnis während der Arbeitsunfähigkeit gelöst wird, übernimmt die Sozialversicherung die Zahlung der Zuschläge für den Arbeiter oder Angestellten und seine Familie.

V. Auszahlung der Zuschläge

1. Trennung des Zuschlages vom Lohn.

Der Zuschlag für Ausgleich sowie zur Erhöhung der unteren Einkommen gilt nicht als Bestandteil des Arbeitslohnes. Er unterliegt deshalb auch nicht der Lohnsteuer- und der Beitragspflicht zur Sozialversicherung. Er muß getrennt vom Lohn bzw. Gehalt ausgewiesen werden.

Es ist anzustreben, die Zuschläge für Arbeiter und Angestellte sowie für deren nicht arbeitende Ehegatten und Kinder gleichzeitig auszuweisen. Dabei ist jeder einzelne Zuschlag nach Möglichkeit gesondert auszuweisen. Falls dadurch der Aufwand in den Buchungsstellen zu groß wird, können die einzelnen Beträge:

1. Zuschlag für Arbeiter und Angestellte,
2. Zuschlag für deren Kinder,
3. Zuschlag für den nicht arbeitenden Ehegatten ohne eigenes Einkommen

auch als Gesamtsumme auf dem Lohnzettel ausgewiesen werden.

2. Auszahlungstermin.

In der Lohnzuschlagsverordnung werden die Betriebsleiter und Betriebsinhaber oder deren Beauftragte verpflichtet, den Tag der monatlichen Auszahlung des Zuschlages mit den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen zu vereinbaren. Soweit es sich um kleinere Betriebe ohne eigene BGL handelt, ist der Auszahlungstermin mit dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann im Betrieb festzulegen, bei Kleinbetrieben ohne eigene Gewerkschaftsgruppe ist diese Vereinbarung mit der zuständigen Orts- oder Dorfgewerkschaftsleitung zu treffen.

Diese Regelung soll es ermöglichen, über den Auszahlungstermin unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedingungen zu entscheiden. Es ist jedoch anzustreben, die Auszahlung der Zuschläge mit der Auszahlung des Lohnes bzw. des Gehaltes zusammenzulegen.

Um zu vermeiden, daß infolge der Vorauszahlung des Zuschlages für den Monat Juni 1958 der Zeitraum bis zur nächsten Zuschlagszahlung

zu groß wird, sind von den Betrieben in eigener Verantwortung gemeinsam mit den Gewerkschaftsleitungen die Auszahlungstermine für die Monate Juli und August so festzulegen, daß zwischen der Auszahlung der Zuschläge in den ersten drei Monaten kein längerer Zeitraum als 5 Wochen entsteht.

Die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen in den privaten Betrieben und Einrichtungen sowie die Orts- bzw. Dorfgewerkschaftsleitungen haben das Recht, zu kontrollieren, wie alle in der Verordnung festgelegten Maßnahmen eingehalten werden. Das gilt besonders für die Berechnung des Durchschnittslohnes, die Feststellung des Zuschlagsanspruchs und die Höhe des zu zahlenden Zuschlages.

B. ERLÄUTERUNGEN

zur Zuschlagsverordnung Landwirtschaft

1. Entlohnung der Arbeiter und Angestellten mit und ohne Naturalversorgung

In den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Land- und Forstwirtschaft war die Lohnerhöhung vom 1. April 1957 ein sichtbarer Beweis dafür, daß die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates mit Hilfe der Gewerkschaften den Lebensstandard der Werktätigen auf dem Lande ständig verbessern.

Durch die umfassende Lohnerhöhung hat sich z. B. der Durchschnittsverdienst eines Landarbeiters der Lohngruppe V in einem volkseigenen Gut von 276,— DM auf 300,— DM monatlich erhöht. Bei einer Landarbeiterin, die nach der Lohngruppe III entlohnt wird, stieg der Durchschnittsverdienst von 200,— DM auf 223,— DM im Monat.

Zusätzlich zu diesem Geldlohn erhalten die weitaus meisten Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen landwirtschaftlichen Betrieben Naturalien zu Erfassungspreisen. Diese Lebensmittel werden demnach von Beschäftigten mit Naturalversorgung billiger gekauft als von Arbeitern und Angestellten, die keine Naturalien zu Erfassungspreisen beziehen und deshalb Lebensmittelkarten erhalten.

Daraus ergibt sich ein Differenzbetrag zwischen Erfassungs- und Verbraucherpreisen zugunsten der Arbeiter und Angestellten mit Naturalversorgung. Um diesen Vorteil auszugleichen, erhielten deshalb die Arbeiter und Angestellten ohne Naturalversorgung den Differenzbetrag zusätzlich zu ihrem Lohn ausgezahlt (im Durchschnitt 0,09 DM pro Stunde).

Der Differenzbetrag zwischen Erfassungs- und Verbraucherpreisen wurde aber in den einzelnen Betrieben unterschiedlich berechnet, so daß auch unterschiedliche Beträge ausgezahlt worden sind. Im Interesse der Einheitlichkeit und zur Entlastung der betrieblichen Lohnrechnungsstellen ist deshalb der Zuschlag für den Ausgleich des Preisvorteiles der Naturalversorgung in die bisherigen Lohn- und Gehaltstabelle eingearbeitet worden. Ab 1. Juni 1958 sind demnach die Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen landwirtschaftlichen Betrieben nach unterschiedlichen Lohn- bzw. Gehaltstabellen zu entlohnen.

Nach der Verordnung sind alle Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge mit Naturalversorgung nach wie vor entsprechend den gültigen Lohn- bzw.

Gehaltsätzen der Anlage 1 der Direktive zum Betriebskollektivvertrag bzw. nach den Tabellen der Vereinbarung über die Durchführung von lohnpolitischen Maßnahmen vom 12. April 1957 zu entlohnen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die in den Anlagen der Direktive zum Betriebskollektivvertrag 1955 aufgeführten Natursätze streng einzuhalten sind und daß es nicht statthaft ist, Naturalien teilweise in Geld abzugelten.

Alle Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge ohne Naturalversorgung sind nach der vorliegenden Verordnung nach neuen Lohn- bzw. Gehaltsätzen zu entlohnen.

Der ehemalige Zuschlag, der als Ausgleich für die Preisvergünstigung der Naturalversorgten gezahlt wurde, ist also zum Bestandteil des Tariflohnes der Beschäftigten ohne Naturalversorgung geworden und darf nicht mehr gesondert vom Lohn gezahlt werden.

Auf Wunsch können Arbeiter und Angestellte aus der Naturalversorgung ausscheiden. In diesem Falle sind sie nach den höheren Tarifsätzen für Beschäftigte ohne Naturalversorgung zu entlohnen.

Um Doppelvergütungen und Ungerechtigkeiten zu vermeiden, ist es jedoch nicht statthaft, an Beschäftigte, die nach den Tarifsätzen für Arbeiter und Angestellte ohne Naturalversorgung entlohnt werden, Naturalien zu Erfassungspreisen abzugeben.

Die Einführung unterschiedlicher Tarifsätze für Beschäftigte mit und ohne Naturalversorgung erfordert es, in der betrieblichen Handhabung klar zu unterscheiden. Das liegt im Interesse aller Arbeiter und Angestellten in unseren landwirtschaftlichen Betrieben.

II. Zuschläge für Arbeiter und Angestellte und deren Familien mit Naturalversorgung

Zuschlag zur Erhöhung niedriger Einkommen von Arbeitern und Angestellten mit Naturalversorgung.

Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten und der Herstellung eines einheitlichen Preisniveaus sind die Außenpreise gesenkt und die Erfassungspreise etwas erhöht worden. Dadurch entstehen Mehrausgaben für jene Lebensmittel, die von den Arbeitern und Angestellten mit Naturalversorgung zum erhöhten Erfassungspreis vom Betrieb bezogen werden.

Umfangreiche Nachprüfungen haben jedoch ergeben, daß die HO-Ersparnisse der Beschäftigten mit Naturalversorgung bzw. deren Familien in der Regel größer sind als die Mehraufwendungen für die zum erhöhten Erfassungspreis bezogenen Naturalien.

Die Mehrausgaben durch die erhöhten Erfassungspreise werden mit deutlichem Vorteil für die Beschäftigten mit Naturalversorgung durch die Einsparung aus der Senkung der HO-Preise ausgeglichen.

Bei der Zahlung des Zuschlages zum Lohn oder Gehalt war dieser Unterschied gegenüber den übrigen Beschäftigten in der Volkswirtschaft zu berücksichtigen.

Der Zuschlag für Arbeiter und Angestellte mit Naturalversorgung ist eine absolute Erhöhung ihres Einkommens, die bis zu einem gewissen

Bruttoverdienst (Geldlohn) von etwa 350,— DM und auslaufend bei 395,— DM wirksam wird.

Bei der Ausarbeitung der Zuschlagstabelle II mußte ferner beachtet werden, daß die Beschäftigten mit Naturalversorgung finanzielle Vorteile gegenüber den Arbeitern und Angestellten ohne Naturalversorgung haben.

Mit Schaffung des einheitlichen Preisniveaus macht dieser Vorteil (Differenz zwischen Erfassungs- und Verbraucherpreis) im Durchschnitt etwa 29,— DM monatlich aus.

Diese Preisvorteile berücksichtigend, sind die Zuschlagstabellen I und II so ausgearbeitet worden, daß für Beschäftigte mit oder ohne Naturalversorgung die Lebenslage gleichermaßen erhöht wird.

Beispiel:

Ein Landarbeiter, der mit Naturalien zu Erfassungspreisen versorgt wird, erhält bei einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienst (Geldlohn) von

215,— DM

nach Zuschlagstabelle II zur Erhöhung seines Einkommens

19,— DM

einen Zuschlag von

234,— DM

Das sind zusammen

234,— DM

Der neue Erfassungspreis für die Menge der Lebensmittel,

die er als Naturalversorgung bezieht, beträgt ...

20,70 DM

so daß ihm nach Abzug dieses Betrages für die Deckung

anderer Bedürfnisse noch

203,30 DM

verbleiben.

Ein Landarbeiter ohne Naturalversorgung erhält bei einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienst von

230,— DM

nach Zuschlagstabelle I zur Erhöhung seines Einkommens

und als Ausgleich für die Mehraufwendungen nach Fortfall

der Lebensmittelkarten einen Zuschlag von

25,— DM

Das sind zusammen

255,— DM

Nach Abschaffung der Lebensmittelkarten hat er für die

gleiche Menge Lebensmittel, die der naturalversorgte Land-

arbeiter von seinem Betrieb bezieht, zu den neuen Ver-

braucherpreisen

24,70 DM

zu bezahlen,

so daß ihm nach Abzug dieses Betrages für die Deckung

anderer Bedürfnisse ebenfalls

203,30 DM

verbleiben.

Demnach kauft der mit Naturalien versorgte Landarbeiter die gleiche Menge Lebensmittel um

29,— DM

billiger ein.

Dieser Preisvorteil von 29,— DM ist dem neuen Geldeinkommen des Landarbeiters in Höhe von 234,— DM hinzuzurechnen.

Insgesamt erhält er damit wie der Landarbeiter ohne Naturalversorgung ein Bruttoeinkommen von

263,— DM.

Bei der Zuschlagzahlung an Beschäftigte mit Naturalversorgung ist demnach immer davon auszugehen, daß die in der Zuschlagstabelle II angegebenen Zuschläge (laufende Nummer 1 bis 24) unter Berücksichtigung des Preisvorteils durch den Bezug von Naturalien zu Erfassungspreisen festgelegt sind. Die Höhe des Zuschlages für Arbeiter und Angestellte mit Naturalversorgung ist deshalb einzig und allein nach dem Geldlohn festzulegen.

Beispiel:

Der monatliche Durchschnittsverdienst wurde für einen mit Naturalien versorgten Landerbeiter mit 248,27 DM berechnet. Dementsprechend ist ein Zuschlag nach Tabelle II (laufende Nummer 10) von 15,— DM zur Erhöhung seines Einkommens zu zahlen.

2. Zuschläge für die Familienangehörigen der Arbeiter und Angestellten mit Naturalversorgung.

Für Ehefrauen ohne eigenes Einkommen, die mit Naturalien versorgt werden, ist nach der Verordnung kein Ehegattenzuschlag zu zahlen.

Hier gilt das gleiche, was dazu bereits für die Beschäftigten mit Naturalversorgung gesagt worden ist. Durch die Erhöhung der Erfassungspreise entstehen zwar geringfügige Mehrausgaben für Lebensmittel, die vom Betrieb bezogen werden, aber die Einsparungen aus der Senkung der HO-Preise sind in der Regel größer. Es besteht also kein Grund, für naturalversorgte Ehegatten ohne eigenes Einkommen einen Ausgleich zu zahlen.

Für die mit Naturalien versorgten Kinder entstehen ebenfalls keine Mehraufwendungen. Die größeren Ausgaben für die zum Erfassungspreis gekauften Naturalien werden auch hier mit deutlichem Vorteil für die Werkstätten durch die Einsparung aus der Senkung der HO-Preise für Lebensmittel aufgewogen.

Der Kinderszuschlag dient jedoch nicht nur als Ausgleich evtl. auftretender Mehraufwendungen, sondern er soll darüber hinaus die Einführung eines staatlichen Kindergeldes vorbereiten. Deshalb ist der Kinderszuschlag auch für solche Kinder der Arbeiter und Angestellten zu zahlen, die in die Naturalversorgung einbezogen sind.

Diese großzügige Regelung zeigt die besondere Fürsorge unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates für die Kinder und macht den starken sozialen Charakter der Zuschläge für die Familien der Arbeiter und Angestellten sichtbar.

III. Schlussbemerkungen

Bei der Zahlung von Zuschlägen an die Arbeiter und Angestellten ohne Naturalversorgung sowie für ihre Familienangehörigen gibt es gegenüber den übrigen Beschäftigten in der Volkswirtschaft keinerlei Besonderheiten. Das gleiche gilt auch für die Berechnung, teilweise Gewährung sowie für die Ausschüttung aller in Frage kommenden Zuschläge für die werktätige Landbevölkerung. Dementsprechend sind hierfür keine besonderen Regelungen zu treffen. Es ist vielmehr nach den dazu erlassenen Verordnungen und den vorliegenden Erläuterungen zu handeln.

Für die Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften werden Ausgleichsbeträge und Zuschläge wie für die Mitglieder

der Genossenschaften gezahlt. Grundlage ist hierfür die Verordnung vom 23. Mai 1958 über die Zahlung von Ausgleichsbeträgen an Mitglieder und Beschäftigte landwirtschaftlicher und gärtnerischer Produktionsgenossenschaften sowie von Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer. Für die Arbeiter und Angestellten in der privaten Landwirtschaft werden die Gewährung von Zuschlägen und die Erhöhung der unteren Einkommen tarifvertraglich geregelt.

C. ERLÄUTERUNGEN zur Sonderzuschlagsverordnung

Beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach 1945 wurden für eine Reihe von Arbeitern und Angestellten, verbunden mit der allgemeinen Rationierung, Sonderkarten oder andere Formen zusätzlicher Versorgung eingeführt. Eine Reihe dieser in den ersten Jahren eingeführten und notwendigen Sonderregelungen konnten bereits mit der allgemeinen Verbesserung der Lebenslage und der schrittweisen Abschaffung der Rationierung ebenfalls abgeschafft werden. Gegenwärtig gibt es nach den geltenden Richtlinien Sonderkarten im wesentlichen nur noch im Bergbau, für bestimmte Berufe im Gesundheitswesen, bei der Reichsbahn sowie in der Sperrzone.

Nun sind die ökonomischen Voraussetzungen gegeben, um mit den Lebensmittelkarten auch die Sonderkarten und andere Formen zusätzlicher Versorgung abzuschaffen.

Bei der Ausarbeitung der hier genannten Verordnung wurde von dem von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vertretenen Grundsatz ausgegangen, für den überwiegenden Teil der Beschäftigten auch die durch den Wegfall der Sonderkarten entstehenden Mehraufwendungen auszugleichen. Nach umfangreichen Untersuchungen wurde deshalb festgelegt, wie die verschiedenen Sonderkarten durch besondere Zuschläge ausgeglichen werden. Dabei ergab es sich, daß bei einigen der bisher gewährten Vergütungen auf Grund der Verbesserung der Lebenslage der betreffenden Beschäftigten ein zusätzlicher Ausgleich nicht mehr notwendig ist.

1. Sonderregelung Bergbau

Zahlung eines Sonderzuschlages:

Die bevorzugte Versorgung der Bergarbeiter unter Tage mit Lebensmitteln war ein Ausdruck der Sorge unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates um die Gesunderhaltung der Menschen, die schwerste körperliche Arbeit verrichten und in den bedeutendsten Wirtschaftszweigen der materiellen Produktion tätig sind.

Die allgemeine Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik gestattete es, bereits in den vergangenen Jahren wesentliche Teile der besonderen Versorgung im Bergbau aufzuheben. Eine Reihe von Vorteilen bestand jedoch bis zur Abschaffung der Lebensmittelkarten.

Die Differenz zwischen den Kartenpreisen und dem einheitlichen neuen Preisniveau für Lebensmittel, die es bisher auf Karten gab, beträgt im Bergbau 21,90 DM. Dafür wird bis zu einem monatlichen Bruttoverdienst

von 1000,— DM — neben dem allgemeinen Zuschlag — ein Sonderzuschlag von 12,— DM gezahlt. Die Masse der im Bergbau unter Tage Tätigen ist mit diesen Beträgen reichlich ausgeglichen. So ist auch gesichert, daß alle im Bergbau unter Tage Beschäftigten mit einem monatlichen Bruttoverdienst bis zu 550,— DM voll ausgeglichen werden, d. h. bei ihnen sind keinerlei Käufe von entsprechenden Lebensmitteln in der HO berücksichtigt. Dadurch werden die Bergarbeiter bis zu diesem Verdienst beträchtlich bessergestellt.

Die Auswertung der Haushaltsrechnungen von Bergarbeiterfamilien hat darüber hinaus ergeben, daß der allgemeine Zuschlag und der Sonderzuschlag zusammen mit den Ehegatten- und Kinderzuschlägen bei allen Einkommensgruppen und Familientypen zu wesentlichen Vorteilen führen.

Die Zusatzkarten B I und B II im Steinkohlenbergbau:

Im Steinkohlenbergbau erhielten die Produktionsarbeiter und das ingenieurtechnische Personal unter Tage für die Normenübererfüllung die Zusatzkarte B I und B II. Die Preisdifferenz der diesen Karten zugrunde liegenden Rationen beträgt für die Karte B I 3,64 DM und für die Karte B II 1,96 DM (Berechnung ohne Trinkbrandtwein). Diese Karten werden nicht in den Ausgleich einbezogen und entfallen mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten. Abgesehen von der verhältnismäßig geringen Preisdifferenz verschlechtert das heimatwegs die Lebenslage der Bergarbeiter. Das ergibt sich aus der neuen Schichtprämie. Sie wurde im Steinkohlenbergbau bereits am 1. April 1950 eingeführt und hat die Verdienste der Kampf unter Tage um 70,— bis 120,— DM monatlich erhöht.

Die Zusatzkarten für Jungberarbeiter im Steinkohlenbergbau:

Jungarbeiter im Zeche-Oberrhein Steinkohlenrevier erhielten seit 1951 zusätzlich täglich 15 g Fleisch, 1 g Fett und 10 g Zucker. Die Ausgabe dieser Zusatzrationen sollte dazu beitragen, den Gesundheitszustand der Jungarbeiter zu verbessern, der infolge der Auswirkungen der Kriegsjahre und Nachkriegsjahre verhältnismäßig schlecht war.

Mit dem allgemeinen Anstieg der Lebenslage und im Hinblick darauf, daß die Jungarbeiter alle Vorteile erhalten, die für den Bergbau in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, ist ein Ausgleich nicht mehr notwendig.

Preisbegünstigter Trinkbrandtwein im Bergbau:

Für den bisher im Bergbau verbilligt gewährten Trinkbrandtwein und für die Schokolade für Jungarbeiter bleiben die Regelungen bestehen. Der Beschäftigte im Steinkohlenbergbau erhält neben der Monatsration für Trinkbrandtwein weiter die gleiche Menge Trinkbrandtwein, die er bisher entsprechend seiner Finn- bzw. Normenübererfüllung auf die Karten B I und B II bezogen hat.

Der „Bergarbeiter-Trinkbrandtwein“ soll in den Betrieben ausgegeben werden. Dabei sind im Steinkohlenbergbau die bisher auf die Karten B I und B II empfangenen Mengen Trinkbrandtwein künftig ebenso abzurechnen wie die monatlichen Trinkbrandtweirationen. Die Mengen des für die Finn- bzw. Normenübererfüllung ausgegebenen Trinkbrandtweins kontrolliert die Abgabenverwaltung.

II. Gesundheitswesen

Das Betreuungspersonal in den Tbc-Heilstätten sowie die Mitarbeiter der Tbc-Beratung erhielten auf Grund ihrer gesundheitsgefährdenden Arbeit höhere Rationen bewirtschafteter Lebensmittel als die übrigen Mitarbeiter des Gesundheitswesens. Den Mitarbeitern in den Tbc-Krankenanstalten und Heilstätten stand der tägliche Rationssatz der Patienten zu, während den Beschäftigten in der Tbc-Beratung neben der Lebensmittelkarte C die Sonderkarte „Sz 1“ und Butter auf alle Fettmarken gegeben wurde.

Diese Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die zur Erhaltung der Arbeitskraft der im Dienste der Volksgesundheit tätigen Menschen getroffen wurden, haben noch heute ihre Berechtigung. Deshalb wird bei Abschaffung der Lebensmittelkarten diesem Personenkreis ein Sonderzuschlag von 10,— DM bis zu einem Bruttodurchschnittsverdienst von 1000,— DM im Monat neben dem nach der Höhe des Einkommens differenzierten Zuschlag gezahlt. Außerdem wird für diesen Personenkreis nach den Bestimmungen des Arbeitsschutzes kostenlos Trinkvollmilch am Arbeitsplatz ausgegeben.

1. Personal der Heilstätten und Krankenhäuser in Gemeinschaftsverpflegung:

Besonderheiten ergeben sich dadurch, daß die Rationen und auch der bisher gezahlte finanzielle Ausgleich in den Einrichtungen der Tbc-Betreuung sehr unterschiedlich gewährt wurden. Nur ein geringer Teil der Beschäftigten in den Tbc-Krankenhäusern, Tbc-Heilstätten und Tbc-Abteilungen in Krankenanstalten nahm bisher an der Gemeinschaftsverpflegung teil. Die Mehrzahl der Mitarbeiter erhielten die Lebensmittelkarte C, die Sonderkarte „Sz 1“ und „Fettumtausch“. In einigen Heilstätten wurde die Differenz zur vollen Ration der Patienten durch das Werkessen ausgeglichen, in anderen gab man den einzelnen Beschäftigten Lieferanweisungen, die in Konsumverkaufsstellen eingelöst werden konnten.

Es wird nunmehr folgendes einheitlich geregelt:

Jeder Beschäftigte, der berechtigt ist, Patientenverpflegung zu empfangen und an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen, erhält:

den allgemeinen Zuschlag nach der Höhe seines Gehaltes,
den Sonderzuschlag von 10,— DM bis zu einem Bruttoverdienst von 1000,— DM im Monat,

die kostenlose Trinkvollmilch nach den Rationen der Patienten im Rahmen der Gemeinschaftsverpflegung.

Von den Zuschlägen, die an Beschäftigte in Heilstätten usw. ausgezahlt werden, sind für Gemeinschaftsverpflegung folgende Summen an die Wirtschaftsverwaltung zurückzuzahlen:

vom differenzierten Ausgleich 14,— DM
und der Sonderzuschlag 10,— DM.

Damit werden die Differenzen zwischen den alten und neuen Preisen der entsprechenden Warenmenge beglichen.

Beträgt der zustehende Zuschlag weniger als 14,— DM und steht dem Beschäftigten auch kein Sonderzuschlag zu, so sind trotzdem an die Wirtschaftsverwaltung für den entstehenden Mehraufwand für Verpflegung 24,— DM zu zahlen.

2. Personal der Heilstätten und Krankenhäuser, das nicht an der Gemeinschaftsverpflegung teilnimmt.

Jeder Beschäftigte, der berechtigt ist, Patientenverpflegung zu empfangen, erhält die gleichen Zuschläge und Vergünstigungen, wie sie unter 1. genannt wurden, vorausgesetzt, daß er nicht an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen kann. Darüber hinaus hat dieser Beschäftigte das Recht, am Werkküchenessen gegen Erstattung der festgelegten Sätze teilzunehmen. Er erhält neben dem normalen Ausgleich und dem gewährten Sonderzuschlag den für den Kauf der Lebensmittel auf Sonderzusatzkarte einheitlich festgesetzten Betrag von 5,— DM.

3. Personal der Tbc-Beratung, der Pathologischen Institute und Hygiene-Institute.

Bei den Mitarbeitern der Tbc-Beratung sowie den Pathologischen Instituten und Hygiene-Instituten wurde die Ausgabe der Karte „Sz 1“ und der damit verbundene Fettumtausch für Karte C nicht einheitlich gehandhabt. Das ist auf die unterschiedliche Unterbringung dieser Einrichtungen und die damit für den einzelnen Beschäftigten verschiedenen große Infektionsgefahr zurückzuführen. Außerdem sind diese Karten durch die Räte der Kreise unterschiedlich kontingentiert worden.

Bei der Auszahlung des Sonderzuschlages für Juni 1958 ist vorerst der Personenkreis zu berücksichtigen, der im Mai 1958 die Karte „Sz 1“ erhielt. Die örtlichen Räte sind verpflichtet, im Monat Juni 1958 in Verbindung mit den zuständigen zentralen Organen der staatlichen Verwaltung und den Organen der Gewerkschaft eine Kommission einzusetzen, die in jedem Falle überprüft, wer in diesen Einrichtungen berechtigt ist, den Sonderruschlag von 10,— DM zu erhalten. (Das Ministerium für Gesundheitswesen wird dazu besondere Richtlinien erlassen.)

III. Sperrzonenkarten

Für die Bewohner der Sperrzone wurde im Zusammenhang mit den Lebensmittelkarten eine Sperrzonenkarte ausgegeben. Die Differenz zwischen den alten und den neuen Preisen für die Warenmenge der Sperrzonenkarte beträgt 5,61 DM. Diese Karte ist in der Regel mit der Zahlung eines 15prozentigen Geldzuschlages zum Tariflohn verbunden.

Beide Sonderregelungen sollten die mit den Sperrzonenbestimmungen verbundenen Erschwernisse der Bevölkerung in diesen Gebieten ausgleichen. Seit Erlaß der Sperrzonenbestimmungen haben sich die Bedingungen wesentlich geändert, d. h. für die Bewohner dieser Gebiete sind Erleichterungen eingetreten. Bei der Abschaffung der Lebensmittelrationierung soll für diesen Personenkreis trotzdem kein Nachteil entstehen. Deshalb wird die Sperrzonenkarte für alle Beschäftigten bis zu einem Durchschnittsverdienst von 400,— DM monatlich (berechnet ohne Sperrzonenzuschlag) mit 5,— DM ausgeglichen.

Die Einkommensbegrenzung von 400,— DM ist im Zusammenhang mit den differenzierten Sperrzonenzuschlägen zu sehen. Sie gewährleistet, daß die Arbeiter und Angestellten mit unteren Einkommen neben den Vorteilen aus dem allgemeinen Ausgleich und der Lohnerhöhung die entsprechende Preisdifferenz für die Lebensmittelmengen der Sperrzonenkarte voll aus-

geüßert erhalten. Bei Beschäftigten mit Einkommen über 400,— DM beträgt der Sperrzonenzuschlag in der Regel mehr als 60,— DM monatlich. Sie können deshalb den Differenzbetrag selbst aufbringen.

Für einen großen Teil der Beschäftigten im Kalibergbau tritt zugleich mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten eine Tarifierhöhung ein, die ihre Lebenslage wesentlich verbessert. Diese Lohnerhöhung wirkt sich für die Arbeiter mit einem monatlichen Bruttoverdienst über 400,— DM so günstig aus, daß dem genannten Personenkreis ebenfalls zugemutet werden kann, den Differenzbetrag zu tragen.

IV. Reichsbahn

Das Lok- und Zugbegleitpersonal der Reichsbahn erhielt durch Befehl der SMAD im Jahre 1946 zur Sicherung einer störungsfreien Arbeit des Eisenbahnverkehrs in den Wintermonaten 1946/47 eine zusätzliche Sonderverpflegung. Diese Sonderverpflegung wurde auch in den späteren Jahren beibehalten, in denen die Werkküchenverpflegung obligatorisch in der volkseigenen Wirtschaft eingeführt wurde. Die Ursache liegt darin, daß es für das Lok- und Zugbegleitpersonal schwierig war, eine warme Mahlzeit während des Schichtdienstes einzunehmen.

Mit Abschaffung der Lebensmittelkarten z. B. für Brot und Nahrungsmittel wurde bereits ein Teil dieser Sonderverpflegung gegenstandslos. Heute erhält das Lok- und Zugbegleitpersonal für jeden Arbeitstag eine Menge von 40 g Fleisch und 10 g Zucker.

Im Zusammenhang mit den übrigen Maßnahmen bei der Abschaffung der Lebensmittelkarten und den damit verbundenen Vorteilen für große Teile der Bevölkerung wird für diese bisher bestehenden Sonderrationen des Lok- und Zugbegleitpersonals der Reichsbahn kein besonderer Zuschlag gewährt. Das ergibt sich aus den wesentlich verbesserten Bedingungen für das Werkküchenessen in den letzten Jahren. Das Lok- und Zugbegleitpersonal hat heute in stärkerem Maße die Möglichkeit, Werkkassen zu erhalten.

Für die Reichsbahn besteht die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß zu jeder Tageszeit Werkverpflegung auf den Bahnhöfen für das Lok- und Zugbegleitpersonal zur Verfügung steht.

V. Hinweise zur Anwendung der Verordnung über die Zahlung von Sonderzuschlägen an Arbeiter und Angestellte

1. Grundlage für die Zahlung der Sonderzuschläge ist der monatliche Bruttoverdienst. Als monatlicher Bruttoverdienst gilt dabei nach der Lohnzuschlagsverordnung vom 28. Mai 1958 der monatliche Bruttodurchschnittsverdienst (Durchschnittslohn oder Durchschnittsgehalt) der letzten abgerechneten 12 Monate vor Abschaffung der Lebensmittelkarten. Da die Sonderzuschläge bis zu bestimmten Einkommensgrenzen einheitlich gezahlt werden, ist die Ermittlung des monatlichen Bruttoverdienstes nach dieser Bestimmung nur für die Beschäftigten erforderlich, deren Lohn oder Gehalt zeitweilig die in der Verordnung festgelegte Begrenzung des Zuschlagsanspruchs übersteigt.

2. Bei Teilbeschäftigten ist der monatliche Bruttoverdienst auf der Basis der vollen gesetzlichen Arbeitszeit zu ermitteln und danach der Anspruch auf Zahlung der Sonderzuschläge nach der jeweiligen Einkommensbegrenzung festzustellen.
Bei Teilbeschäftigung werden die Sonderzuschläge anteilmäßig zur tatsächlich geleisteten Arbeitszeit gezahlt. Arbeitet z. B. eine Tbc-Fürsorgerin nur halbtags, d. h. 104 Stunden monatlich, so erhält sie nur die Hälfte des Sonderzuschlages für Tbc-Personal.
3. Bei Arbeitsunfähigkeit, Urlaub und gesetzlich geregelter Freistellung werden die Zuschläge in der bis zu diesem Zeitpunkt gewährten Höhe weitergezahlt.
4. Die Auszahlung der Sonderzuschläge soll gemeinsam mit den allgemeinen Zuschlägen erfolgen. (Siehe auch Erläuterungen zur Lohnzuschlagsverordnung.)
Für Bewohner der Sperrzone ist die Auszahlung ebenfalls am Zahltag für die Sperrzonengeldzuschläge durchzuführen. Die Bewohner der Sperrzone, die bisher keinen Sperrzonengeldzuschlag erhielten, haben bis zu diesem Zahltag ihren Zuschlagsanspruch für den Ausgleich der Mehraufwendungen durch Wegfall der „Spa-Karte“ im Betrieb nachzuweisen.
5. Die Sonderzuschläge sind Nettobeträge. Sie sind kein Bestandteil des Bruttoeinkommens und unterliegen nicht der Lohnsteuer und der Beitragspflicht zur Sozialversicherung. Die Zuschläge müssen getrennt vom Lohn oder Gehalt ausgewiesen werden.

D. ERLÄUTERUNGEN

zur Verordnung über die Zahlung eines Ehegattenzuschlages

1. Zum Personenkreis

Mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten wird in bestimmten Umfang auch für Ehegatten ohne eigenes Einkommen eine Ausgleichszahlung erforderlich, um den Mehraufwand auf Grund der Einführung eines einheitlichen Preisniveaus zu decken.

Ausgangspunkt für die Gewährung des Ehegattenzuschlages war in erster Linie, daß es unter den nichtberufstätigen Ehegatten einen großen Teil Frauen mit Kindern sowie ältere und invalide Frauen gibt, die vorübergehend oder dauernd nicht in der Lage sind, eine berufliche Tätigkeit auszuüben. Darüber hinaus gibt es Frauen, die zwar aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, aber weiterhin gesellschaftlich aktiv mitarbeiten. Es war auch zu berücksichtigen, daß die Maßnahmen zur Entlastung und Erleichterung der Arbeit der Frauen noch nicht überall ausreichen. Auch dem Wunsche vieler verheirateter Frauen nach einer Halbtagsarbeit wird noch nicht genügend entsprochen, so daß z. Z. teilweise noch Schwierigkeiten bei der Einreihung dieser Frauen in den Arbeitsprozeß bestehen.

Die Verordnung sieht deshalb vor, daß alle Arbeiter und Angestellten mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst bis zu 800,- DM Anspruch auf einen Zuschlag für den Ehegatten haben, sofern dieser kein eigenes Einkommen hat und in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin wohnt.

Alters- und Invalidenrentner, die weiter in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen, erhalten den Ehegattenzuschlag, soweit auf diesen Anspruch besteht, von der Sozialversicherung zu ihrer Rente. Es ist deshalb diesen Rentnern für ihre Ehegatten kein Ehegattenzuschlag durch den Betrieb zu zahlen.

II. Zur Einkommensgrenze

Die Festlegung einer Einkommensgrenze von 800,— DM für die Gewährung des Ehegattenzuschlages erfolgte nach eingehenden Überprüfungen von Haushaltsrechnungen, aus denen hervorging, daß vor allem die Mehraufwendungen bei den Arbeitern und Angestellten mit niedrigen und mittleren Einkommen eines Ausgleiches bedürfen. Die Begrenzung des Kreises der Berechtigten geht ferner davon aus, daß von Personen mit einem höheren Arbeitseinkommen in weit größerem Umfange HO-Waren gekauft wurden als von Personen mit niedrigen und mittleren Arbeitseinkommen. Die vorgenommenen Preissenkungen wirken sich besonders günstig für diese Personen mit höherem Einkommen aus, so daß eine Ausgleichszahlung nicht erforderlich ist.

III. Zur Höhe des Ehegattenzuschlages

Die Höhe des Ehegattenzuschlages kann nur im Zusammenhang mit den anderen großzügigen Maßnahmen der Regierung zur Sicherung des Familieneinkommens und zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten gesehen werden. So erhalten die Arbeiter selbst einen Zuschlag zum Lohn und außerdem bekommt ein großer Teil von Arbeitern eine Lohnerhöhung. Ferner wird für die Kinder der Arbeiter und Angestellten ein staatlicher Kinderzuschlag gezahlt, der nicht nur einen vollen Ausgleich der Mehraufwendungen garantiert, sondern sogar darüber hinausgeht.

Alle diese Zuschläge zusammengefaßt erhöhen das Gesamteinkommen der Familie, besonders jedoch der Familien mit niedrigen Einkommen.

Mit dem einheitlichen Zuschlag von 5,— DM wird gewährleistet, daß auch die Familien mit mittlerem Einkommen ohne Kinder, in denen nur ein Verdienender vorhanden ist, den vollen Ausgleich für Mehraufwendungen erhalten.

IV. Zu den Voraussetzungen für die Zahlung des Ehegattenzuschlages

Nach der Verordnung ist der Anspruch auf Zahlung des Ehegattenzuschlages von der Höhe des Einkommens der Arbeiter oder Angestellten abhängig. Sowohl für die Zahlung des Ehegattenzuschlages als auch für die Zahlung der Zuschläge zum Lohn ist die Einkommensgrenze auf 800,— DM festgelegt. Dadurch braucht der monatliche Durchschnittsverdienst vom Betrieb nur einmal errechnet zu werden. Für den Ehegattenzuschlag ist also eine besondere Berechnung des Durchschnittsverdienstes nicht erforderlich. Der für die Zahlung des Lohnzuschlages ermittelte Durchschnittsverdienst kann gleichfalls für die Feststellung des Anspruches auf Zahlung des Ehegattenzuschlages verwandt werden.

Ebenso wie der Zuschlag zum Lohn wird der Ehegattenzuschlag im Laufe des Kalenderjahres nicht verändert. Eine Überprüfung des monatlichen Durchschnittsverdienstes erfolgt erst nach Ablauf des Kalenderjahres.

Mit dieser einfachen Regelung wird eine unkomplizierte und unbürokratische Arbeitsweise ermöglicht.

Eine Berechnung des monatlichen Durchschnittsverdienstes wird sich aber dann notwendig machen, wenn ein Werkstätiger mehrere Arbeitsrechtsverhältnisse hat. In einem solchen Fall ist der Durchschnittsverdienst aus den Arbeitsverdiensten aller Arbeitsrechtsverhältnisse zu errechnen. Der Antragsteller ist deshalb aufzufordern, alle erzielten Arbeitsverdienste dem Betrieb nachzuweisen.

In der Ersten Durchführungsbestimmung ist festgelegt, welche Einkünfte als eigenes Einkommen des Ehegatten gelten. Zu den angeführten Versorgungungen und Unterstützungen gehören die Bezüge aus der Versorgung der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, die Bezüge aus der zusätzlichen Altersversorgung der Intelligenz sowie die Arbeitslosenunterstützung. Zu den in der Durchführungsbestimmung genannten Einkünften — ausgenommen die aus selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit — werden bereits Zuschläge auf Grund des Gesetzes über die Abschaffung der Lebensmittelkarten gewährt, so daß in diesen Fällen der Ehegattenzuschlag nicht zu zahlen ist.

Teilrenten der Sozialversicherung bei einem Körperschaden bis zu 50 Prozent gelten nicht als Einkommen. Erhält z. B. die Ehefrau eines Arbeiters eine Unfallrente bei einem Körperschaden von 30 Prozent in Höhe von 40,— DM, so bleibt der Anspruch des Ehegatten auf Zahlung des Ehegattenzuschlages trotzdem erhalten.

V. Zur Antragstellung auf Ehegattenzuschlag

Als eine Voraussetzung für die Zahlung des Ehegattenzuschlages ist nach der Verordnung die Antragstellung vorgeschrieben. Der Antrag ist bei der nach der Verordnung zuständigen Auszahlungsstelle zu stellen.

Es kommt für die Betriebe darauf an, alle Möglichkeiten zur reibungslosen Antragstellung auszuschöpfen. Die Antragstellung muß sowohl für den Betrieb als auch für den Antragsteller unkompliziert gestaltet werden. Es sind deshalb Listen vorzubereiten, in denen der Antragsteller die Erfüllung der geforderten Voraussetzungen durch seine Unterschrift bestätigt. Die Eintragungen in diese Liste sind in Anwesenheit und nach Befragen der Antragsteller durch beauftragte Personen vorzunehmen, um die Werkstätten bei der Antragstellung zu unterstützen.

Die Liste ist nach folgendem Muster anzufertigen:

Antrag auf Zahlung des Ehegattenzuschlages

Ich versichere, daß mein(e) Ehefrau/Ehemann kein eigenes Einkommen hat und in der Deutschen Demokratischen Republik bzw. im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin wohnt.

Ich versichere ferner, daß ich keinen Antrag bei einer anderen Auszahlungsstelle gestellt habe.

Ich verpflichte mich, jede eintretende Veränderung (z. B. Aufnahme eines Arbeitsrechtsverhältnisses des Ehegatten, Beginn der Rentenzahlung für den Ehegatten, Wohnortveränderung) dem Betrieb unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats zu melden.

Lfd. Nr.	Name des Ehegatten	Wohnort des Ehegatten	Datum der Antragstellung	Unterschrift des Antragstellers
----------	--------------------	-----------------------	--------------------------	---------------------------------

VI. Zum Beginn und zur Dauer der Zahlung

Für den Beginn der Zahlung ist die Antragstellung entscheidend. Wird z. B. der Antrag am Letzten des Monats gestellt, so erfolgt die Zahlung noch für diesen Monat.

Beispiel:

Scheidet eine Ehefrau wegen Arbeitsunfähigkeit am 15. Juni aus dem Arbeitsrechtsverhältnis aus, so kann der in Arbeit stehende Ehemann den Antrag auf Zahlung des Ehegattenzuschlages noch bis zum 30. Juni stellen. Der Zuschlag wird in voller Höhe für den Monat Juni ausbezahlt.

Wird ein Ehegattenzuschlag gezahlt und geht der Ehegatte im Laufe des Monats z. B. ein Arbeitsrechtsverhältnis ein, so entfallen die Voraussetzungen für die Weiterzahlung des Ehegattenzuschlages. Trotzdem wird der Ehegattenzuschlag in solchen Fällen noch für den vollen Monat gezahlt.

VII. Zur Auszahlung des Ehegattenzuschlages

Von der guten organisatorischen Vorbereitung und der reibungslosen Abwicklung der Auszahlung der Zuschläge hängt in entscheidendem Maße das Vertrauen unserer Bürger zu den durch das Gesetz eingeführten großzügigen Verbesserungen der Lebenslage der Bevölkerung ab.

Die Auszahlung des Ehegattenzuschlages erfolgt von der gleichen Auszahlungsstelle, die auch den Zuschlag zum Lohn bzw. zur Rente zahlt.

Im Interesse der Empfänger des Ehegattenzuschlages muß gewährleistet werden, daß die Auszahlung dieses Zuschlages für den Monat Juni nach Inkrafttreten der Verordnung kurzfristig erfolgt. Es ist zweckmäßig, die Auszahlung des Ehegattenzuschlages zusammen mit der Auszahlung des Zuschlages zum Lohn vorzunehmen. Alle weiteren Zahlungen sollen dann monatlich zusammen mit der Lohnzahlung erfolgen.

Bestehen mehrere Arbeitsrechtsverhältnisse (z. B. zwei Halbtagsbeschäftigungen), so ist der Ehegattenzuschlag nur von einer Auszahlungsstelle, und zwar in voller Höhe zu zahlen.

Beim Wechsel der Auszahlungsstelle (z. B. Aufnahme eines Arbeitsrechtsverhältnisses in einem neuen Betrieb, Wechsel der Universität), hat die zuletzt zuständige Auszahlungsstelle zu bescheinigen, für welchen Monat die letzte Zahlung erfolgte. Der Anspruchsberechtigte ist gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß diese Bescheinigung der neuen Auszahlungsstelle zu übergeben ist, damit eine Weiterzahlung des Ehegattenzuschlages erfolgen kann.

Bei der Auszahlung des Ehegattenzuschlages — das sollte erstmalig auch bereits bei der Antragstellung erfolgen — sind die Anspruchsberechtigten von Zeit zu Zeit darauf aufmerksam zu machen, daß alle Veränderungen, die die Gewährung des Ehegattenzuschlages berühren (z. B. Bezug einer Rente, Aufnahme eines Arbeitsrechtsverhältnisses), unverzüglich zu melden sind.

Es empfiehlt sich, durch die Auszahlungsstellen ab und zu Kontrollen über die Richtigkeit des Bezuges des Ehegattenzuschlages durchzuführen.

E. ERLÄUTERUNGEN

zur Verordnung über die Zahlung eines staatlichen Kinderzuschlages

I. Zum Personenkreis

Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten und der Herstellung eines einheitlichen Preisniveaus ist eine Ausgleichszahlung für Familien mit Kindern erforderlich.

Die Einführung eines Kinderzuschlages für die Kinder der Arbeiter und Angestellten und anderer Schichten der Bevölkerung stellen eine großzügige Maßnahme unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates dar. Sie ist ein Ausdruck der Sorge des sozialistischen Staates um die Familien mit Kindern.

Der Kinderzuschlag ist ein erster Schritt zur Einführung eines staatlichen Kindergeldes, das eine noch weitergehende Verbesserung bringen wird. Bei der Festlegung des berechtigten Personenkreises wurde im Prinzip davon ausgegangen, daß für Kinder, für die bisher Lebensmittelkarten ausgegeben wurden, auch der Kinderzuschlag zu zahlen ist. Nach der Verordnung haben alle Arbeiter und Angestellten in der gesamten Volkswirtschaft für ihre Kinder Anspruch auf die Zahlung des Kinderzuschlages.

Den Kinderzuschlag erhalten auch westdeutsche und Westberliner Bürger, die in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik und des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin arbeiten. Diese Regelung läßt deutlich das dem Sozialismus eigene Prinzip erkennen, daß diejenigen, die am Aufbau des Sozialismus teilnehmen, auch an den Erfolgen dieses Aufbaues teilhaben sollen.

Es könnte die Frage entstehen, wie es sich mit der Auszahlung des Kinderzuschlages verhält, wenn beide Elternteile die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllen. Die Verordnung legt dazu fest, daß der Kinderzuschlag nur von einem Berechtigten bezogen werden darf. Es wird dabei den Eltern überlassen zu entscheiden, welcher Elternteil den Anspruch geltend macht (vgl. die Ausführungen zur Antragstellung).

Leben dagegen die Eltern getrennt, so erfolgt die Zahlung an den Elternteil, zu dessen Haushalt das Kind gehört. Bei der Fassung dieses Paragraphen ist nur an solche Familien gedacht worden, die nicht aus beruflichen Gründen getrennt leben. Sofern es sich um berufliche Gründe handelt, bleibt es den Elternteilen überlassen zu entscheiden, wer die Zahlung des Kinderzuschlages beantragt.

Der Regelung des Anspruchs auf den Kinderzuschlag liegt das Prinzip zugrunde, daß die Unterhaltspflichtigen der Kinder den Kinderzuschlag erhalten sollen.

Eine Ausnahme wird gemacht, wenn zwar die Eltern bzw. ein Elternteil leben, aber das Kind zum Haushalt einer anderen Person, z. B. zum Haushalt der Großeltern gehört. Die Auszahlungsteile sind in diesem Falle berechtigt, den Kinderzuschlag auch an andere Personen als die Eltern auszuzahlen. Selbstverständlich müssen dann diese Personen den Antrag auf Auszahlung des Kinderzuschlages mittels der Auszahlungskarte stellen (vgl. „Die Antragstellung“).

Die genannte Regelung soll sichern, daß der Kinderzuschlag recht schnell in die Hände der Personen gelangt, bei denen die Kosten für den Unterhalt

des Kindes anfallen. Damit soll zugleich gewährleistet werden, daß das Kind schnell in den Genuß der Vergünstigung durch den Kinderzuschlag kommt.

Von diesen Gesichtspunkten sollen sich auch die Auszahlungsstellen leiten lassen, wenn sie derartige Fälle zu entscheiden haben.

Der Kinderzuschlag wird nicht gezahlt für Kinder, die sich in Dauerheimen aufhalten. Für diese Kinder entstehen den Eltern aus der Abschreibung der Lebensmittelkarten keine Mehraufwendungen, da die Mehrkosten, die in den Heimen bzw. Einrichtungen anfallen, unmittelbar vom Sozialhaushalt getragen werden.

II. Zur Höhe des staatlichen Kinderzuschlages

Die Höhe des Kinderzuschlages ist für Arbeiter und Angestellte, Mitglieder sozialistischer Produktionsgenossenschaften, Studierende an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Rentner u. a. einheitlich auf 20,— DM festgesetzt.

Die Höhe des Kinderzuschlages ist so bemessen, daß über den notwendigen Ausgleich für die bisher auf Kinderkarte bezogenen Lebensmittel und sonstigen Vergünstigungen von etwa 2,30 bis 10,— DM je Kind entstehen. Dabei ist diese Vergünstigung bei den Kindern über 6 Jahre und insbesondere über 9 Jahre um Größen. Damit wird zugleich der Tatsache Rechnung getragen, daß im allgemeinen die Unterhaltskosten für größere Kinder infolge eines größeren Verschleißes an Kleidung, Schuhwerk usw. höher sind. Somit bildet der einheitliche Kinderzuschlag in Höhe von 20,— DM eine wirkungsvolle Vorstufe für das spätere Kindergeld.

Der Zuschlag für Kinder der Selbständigen sieht einen einheitlichen Betrag in Höhe der Altersstufen der Kinder von 15,— DM vor. Dieser Betrag gewährleistet ebenfalls im Durchschnitt der Altersstufen den vollen Ausgleich. Jedoch sind die auftretenden Vergünstigungen geringer als bei den Arbeitern und Angestellten.

III. Zur Antragstellung

Der Kinderzuschlag wird nur auf Antrag gezahlt.

Der Antragstellung auf Zahlung des Kinderzuschlages ist sehr vereinfacht, weil allein die Übergabe der Auszahlungskarte für den Kinderzuschlag an die zuständige Auszahlungsstelle als Antragstellung gilt. Die Antragsteller brauchen dazu auf der Auszahlungskarte nur wenige Angaben zu machen.

Die Ausgabe der Auszahlungskarten für den Kinderzuschlag erfolgt im Verlauf der ersten Hälfte des Monats Juni durch die Räte der Gemeinden, der Städte bzw. Stadtbezirke, von denen für das Kind zuletzt die Lebensmittelkarte ausgegeben wurde.

Die Auszahlungskarte für den Kinderzuschlag soll u. a. den Zweck erfüllen, Doppelzahlungen des Kinderzuschlages zu verhindern.

Für den Monat Juni 1958 ist der Kinderzuschlag unabhängig von der Auszahlungskarte zusammen mit der Abschlagszahlung für den Zuschlag zum Lohn zu zahlen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß die Arbeiter und Angestellten recht schnell in den Besitz der Zuschlagsbeträge gelangen.

Zu dieser erstmaligen Auszahlung sind besondere Listen vorzubereiten.

Durch Eintragung in diese Liste kann jeder Arbeiter und Angestellte seinen Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlages stellen, ohne daß er eine Auszahlungskarte für den Kinderzuschlag vorlegt.

Die Liste ist nach folgendem Muster anzulegen:

Ich beantrage für die in nachfolgender Liste angegebene Anzahl von Kindern, die zu meinem Haushalt gehören, den Kinderzuschlag.

Ich versichere, daß die Kinder

- a) das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und in keinem Arbeitsverhältnis (einschließlich Lehrverhältnis) stehen oder
- b) über 15 Jahre alt sind, aber noch die Grund-, Mittel- oder Oberschule bzw. eine Vollklasse der Berufsschule besuchen oder
- c) im Alter von 15 bis 18 Jahren sind, keine der unter b) genannten Schulen besuchen und infolge Erwerbsunfähigkeit in keinem Arbeitsverhältnis (einschließlich Lehrverhältnis) stehen oder
- d) sich nicht in einer Einrichtung mit Daueraufenthalt befinden (z. B. Dauerheime für Kinder, Internate, Tuberkulose-Krankenhäuser).

Ich versichere weiter, daß für diese Kinder von keiner anderen Stelle der Kinderzuschlag bezogen wird. Die Rechtmäßigkeit des Anspruches wird von mir durch Abgabe der Auszahlungskarte für den Kinderzuschlag im Verlauf von vier Wochen bezeugt.

Name und Vorname des Antragstellers	Anzahl der Kinder	Unterschrift
--	----------------------	--------------

Bei der Übergabe der Auszahlungskarte für den staatlichen Kinderzuschlag durch den Antragsteller hat die Auszahlungsstelle in jedem Einzelfall zu prüfen, ob der Antragsteller einen Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlages hat.

Die Voraussetzungen für die Abschaffung der Rote der Lebensmittelkarten sowie für die Durchführung der beschlossenen großzügigen Zahlung der Lohnzuschläge, des Kinderzuschlages und des Ehegattenzuschlages wurden von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin in harter Arbeit und im täglichen Kampf um die Erfüllung der Pläne geschaffen. Sie sollen in erster Linie Nutznießer der Erfolge sein. Deshalb sieht auch die Verordnung folgerichtig vor, daß der Kinderzuschlag in bestimmten Fällen nicht oder nur zur Hälfte zu zahlen ist.

Der staatliche Kinderzuschlag ist gemäß der Verordnung nicht zu zahlen, wenn

- a) beide Elternteile ihren Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben und in Westdeutschland oder Westberlin eine Tätigkeit ausüben oder sich in einem Ausbildungsverhältnis befinden,
- b) beide Elternteile ihren Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben, der eine Elternteil in Westdeutschland oder Westberlin eine Tätigkeit ausübt bzw. sich in einem Ausbildungsverhältnis befindet, während der andere Elternteil keine oder nur eine Teilbeschäftigung in der Deut-

sehen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin ausübt;

c) das Kind seinen Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin hat, aber in Westdeutschland oder Westberlin die Schule oder andere Ausbildungsstätten besucht, oder

d) das Kind seinen Wohnsitz nicht in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin hat.

Der staatliche Kinderzuschlag ist nicht zu zahlen an Personen, die in Westdeutschland oder Westberlin eine Tätigkeit ausüben bzw. sich dort in einem Ausbildungsverhältnis befinden. Diese Regelung hat in solchen Fällen Bedeutung, in denen z. B. ein Rentner der Sozialversicherung in Westberlin eine Tätigkeit ausübt, während sein Ehegatte in der DDR oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin tätig ist. Der staatliche Kinderzuschlag ist nach der vorgenannten Regelung nicht an den Rentner zu zahlen, sondern nur der Ehegatte hat Anspruch auf Zahlung eines gekürzten staatlichen Kinderzuschlages.

Der staatliche Kinderzuschlag ist zur Hälfte zu zahlen,

a) wenn ein Elternteil zu den Berechtigten (bei Arbeitern und Angestellten ist Vollbeschäftigung Voraussetzung) gehört, während der andere im gemeinsamen Haushalt lebende Elternteil in Westdeutschland oder Westberlin eine Tätigkeit ausübt oder sich in einem Ausbildungsverhältnis befindet oder

b) wenn ein Elternteil, der auf Grund der Rentenzuschlagsverordnung für sich einen Zuschlag zur Rente (Versorgung, Unterstützung) erhält, in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin eine Voll- oder Teilbeschäftigung ausübt, während der andere im gemeinsamen Haushalt lebende Elternteil in Westdeutschland oder Westberlin eine Tätigkeit ausübt oder sich in einem Ausbildungsverhältnis befindet.

Diese Regelung in der Verordnung erfordert, daß in den Grenzkreisen bzw. in den Randgebieten von Groß-Berlin bei der Auszahlung des Kinderzuschlages die Antragsteller besonders befragt werden müssen, ob für sie eine dieser Einschränkungen zutrifft. Zu diesem Zweck ist die der Antragsteller vorangestellte Erklärung durch folgenden Zusatz zu ergänzen:

„Ich versichere, daß das Kind / die Kinder, mein Ehegatte und ich keine Tätigkeit in Westdeutschland oder Westberlin ausüben bzw. dort keine Schule oder eine andere Ausbildungsstätte besuchen.“

Für Antragsteller, denen nur ein Anspruch auf die Hälfte des staatlichen Kinderzuschlages zusteht, ist zur Antragstellung eine gesonderte Liste zu führen.

IV. Zum Beginn und zur Dauer der Zahlung

Aus dem Antragsprinzip ergibt sich, daß die Zahlung des Zuschlages erst von dem Monat an vorgenommen werden kann, in dem der Antrag gestellt wird.

Die Zahlung des Kinderzuschlages erfolgt grundsätzlich bis zum Ende des Monats, in dem das Kind das 15. Lebensjahr vollendet (15. Geburtstag). Die Begrenzung beim Alter von 15 Jahren wurde deswegen gewählt, weil

bisher auch die Lebensmittelkarten für Kinder bis zu diesem Alter gewährt wurden.

Für alle Kinder über 15 Jahre, die die Grundschule, die Berufsfachklassen bzw. Fachklassen der Berufsschule (soweit sie kein Lehrlingsentgelt erhalten), die Mittel- oder Oberschule besuchen, wird der Kinderzuschlag weitergewährt. In diesen Fällen wird der Zuschlag noch über das vollendete 18. Lebensjahr hinaus gezahlt.

Anders verhält es sich dagegen bei der Zahlung für die Kinder, die nach Vollendung des 18. Lebensjahres keine der o. a. Schulen besuchen und infolge Erwerbsunfähigkeit in keinem Arbeitsverhältnis (Lehrverhältnis) stehen. Für sie wird der Zuschlag längstens bis zum Ende des Monats, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, gezahlt.

Bei der Begründung von Arbeitsverhältnissen (einschließlich Lehrverhältnissen) entfällt die Zahlung des Kinderzuschlages unabhängig vom Alter des Kindes von dem Monat an, der dem vereinbarten Termin der Arbeitsaufnahme bzw. des Beginns der Berufsausbildung folgt. Der Wegfall der Zahlung des Kinderzuschlages findet seine Begründung darin, daß die Lehrlinge ein eigenes Einkommen in Form des Lehrlingsentgeltes haben, das um einen Ausgleichsbetrag von monatlich 15,— DM erhöht wird. Jugendliche Arbeiter erhalten den festgelegten Zuschlag zum Lohn. Infolgedessen ist eine weitere Ausgleichszahlung in Form des Kinderzuschlages nicht gerechtfertigt.

Bei der Zahlung des Kinderzuschlages ist zu beachten, daß sowohl für den Beginn als auch für die Beendigung der Zahlung in der Verordnung von dem Prinzip ausgegangen wird, daß bereits bzw. noch für den Monat der Kinderzuschlag zu zahlen ist, in dem die Voraussetzungen für die Zahlung erfüllt werden oder wegfallen. Beim Übergang von der Schule zur Berufsausbildung oder zur Berufstätigkeit ist sogar eine noch günstigere Regelung getroffen worden, weil nach der Schulentlassung die Schüler in der Regel erst nach Ablauf der Schulferien ein Arbeitsverhältnis (Lehrverhältnis) begründen.

V. Über die Gewährung eines weiteren Zuschlages an Stelle des bisherigen Preisausgleiches für Weizenzeugnisse

Auf Grund der Verordnung vom 22. Dezember 1950 über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln erhielten Arbeiter und Angestellte mit einem monatlichen Bruttoeinkommen bis zu 400,— DM, Vollrentner der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie Sozialfürsorge- und andere Unterstützungsempfänger (als Folge der Aufhebung der Rationierung der Weizenzeugnisse) für ihre Kinder bis zu 6 Jahren monatlich 6,— DM je Kind, von 6 bis 16 Jahren monatlich 2,— DM je Kind als Preisausgleich für Weizenzeugnisse.

Für eine Zahlung in diesem Umfange gibt es schon seit langem keine Begründung mehr, denn inzwischen sind die Preise durch verschiedene Preissenkungen u. a. auch für Weizenprodukte herabgesetzt worden. Durch die sehr großzügige Festlegung der Höhe des Kinderzuschlages sowie die Erhöhung der niedrigen Einkommen besteht keine Notwendigkeit mehr, die bisherige Zahlung des Betrages von 2,— DM für Kinder von 9 bis 15 Jahren aufrecht zu erhalten. Dieser Betrag wird durch den Kinderzuschlag mit ausgeglichen. Im Prinzip gilt das auch für den Weizenausgleichsbetrag in Höhe von 6,— DM. Um jedoch Härten zu vermeiden, be-

sonders bei Familien mit mehreren Kleinkindern, wurde vorgesehen, für die Kinder im Alter bis zu 6 Jahren den bisherigen Weizenausgleichsbetrag in Höhe von 6,— DM in Form eines weiteren Zuschlages zum Kinderzuschlag für die Kinder zu gewähren, die diese Zahlung bisher erhielten.

Die Zahlung des weiteren Zuschlages zum Kinderzuschlag erfolgt nunmehr bei Arbeitern und Angestellten in anderer Weise, und zwar nicht mehr als Beitragsermäßigung der Sozialversicherung, sondern als Zuschlagszahlung zum Nettolohn. Es handelt sich hierbei um eine personenbezogene Zahlung, denn sie wird nur noch den Kindern gewährt, die in der Zeit vom 1. Juni 1952 bis 31. Mai 1958 geboren wurden. Für Kinder, die nach dem 31. Mai 1958 geboren werden, wird die neue Geburtenbeihilfe gemäß dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau voll wirksam.

Die Zahl des weiteren Zuschlages zum Kinderzuschlag erfolgt mit diesem zusammen. Bisher mußte der Stammschnitt der Lebensmittelskarte als Sicherung gegen Doppelzahlungen des Weizenausgleichsbetrages abgegeben werden. Nunmehr werden Doppelzahlungen dadurch verhindert, daß der weitere Zuschlag und der Kinderzuschlag zusammen ausgezahlt werden, d. h. von denselben Auszahlungsteile und an dieselbe Person. Aus dieser Verknüpfung des Kinderzuschlages mit dem weiteren Zuschlag ergeben sich für die Antragstellung auf Zahlung des Kinderzuschlages einige Besonderheiten, die von den Werkstätten beachtet werden müssen. Der Antragsteller, der die Voraussetzung für die Zahlung des weiteren Zuschlages erfüllt, muß in jedem Falle auch den Antrag auf Zahlung des Kinderzuschlages stellen, wenn er in den Genuß des weiteren Zuschlages (als Weiterzahlung des bisherigen Weizenausgleichsbetrages) kommen will. Es muß das Anliegen der Betriebe sein, die Werkstätten über die Bedeutung der richtigen Antragstellung aufzuklären.

VI. Veränderungen bei der Ausszahlung der Beihilfen für den Mutter- und Kinderschutz

Die bisherigen einmaligen Beihilfen nach dem Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950 sind in die geänderte Fassung dieses Gesetzes eingezogen.

In diesem Zusammenhang ist festgelegt worden, daß vom 1. Juni 1958 an die Anzahlung der einmaligen Beihilfen nur noch von den Dienststellen der Verwaltungen der Sozialversicherung erfolgt.

Mütter, die vor dem 1. Juni 1958 entbunden haben, haben noch Anspruch auf die einmalige Wascheausstattung (50,— DM) bzw. die einmalige Beihilfe nach den bis 31. Mai 1958 geltenden Bestimmungen, d. h. auf die Auszahlung durch die Betriebe.

Die Auszahlungen erfolgen auf die bisherigen Konten.

INHALTSVERZEICHNIS

Über die Zahlung von Zuschlägen an Arbeiter und Angestellte — Erläuterungen —

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen	5—16
A. Erläuterungen zur Lohnzuschlagsverordnung	17—22
I. Zuschlagsanspruch für Arbeiter und Angestellte	17—24
1. Allgemeine Begrenzung des Zuschlagsanspruchs für Arbeiter und Angestellte	17
2. Differenzierung und Höhe des Zuschlages nach monatlichen Durchschnittsverdiensten	17—23
3. Zuschlagsanspruch für arbeitende Alters- und Invalidenrentner	23—24
II. Berechnung des Zuschlages	24—29
1. Berechnung des Zuschlages für Vollbeschäftigte	24—25
a) Berechnung des Durchschnittsverdienstes bei längerer Betriebszugehörigkeit	24
b) Berechnung des Durchschnittsverdienstes bei einer Beschäftigung von weniger als 12 Monaten	24—25
c) Festlegung des Zuschlages	25
2. Berechnung bei teilweiser Gewährung des Zuschlages	25—28
a) Berechnung des Zuschlages bei Teilbeschäftigung	25—27
aa) Berechnung des Durchschnittsverdienstes	25—26
ab) Die Festlegung des Zuschlages	26—27
ac) Mindestzuschlag für Teilbeschäftigte	27
b) Berechnung des Zuschlages für Jugendliche	27—28

	Seite
c) Berechnung des Zuschlages bei Neuaufnahme (Be- gründung) oder Lösung (Beendigung) eines Arbeits- rechtsverhältnisses	28
3. Berechnung des Zuschlages für arbeitende Alters- und Invalidenrentner	28—29
4. Plandung der Zuschläge und Berücksichtigung bei Unterhaltsverpflichtungen	29
III. Änderung des Zuschlages	29—30
IV. Gewährung des Zuschlages bei Arbeitsunfähigkeit, Urlaub, Lehrgängen und bezahlter Freistellung von der Arbeit	30—31
V. Auszahlung der Zuschläge	31—32
1. Trennung des Zuschlages vom Lohn	31
2. Auszahlungstermine	31—32
B. Erläuterungen zur Zuschlagsverordnung Landwirtschaft . . .	32—36
I. Entlohnung der Arbeiter und Angestellten mit und ohne Naturalversorgung	32—33
II. Zuschläge für Arbeiter und Angestellte und deren Familien mit Naturalversorgung	33—35
1. Zuschlag zur Erhöhung niedriger Einkommen von Arbeits- tern und Angestellten mit Naturalversorgung	33—35
2. Zuschläge für die Familienangehörigen der Arbeiter und Angestellten mit Naturalversorgung	35
III. Schlußbemerkungen	35—36
C. Erläuterungen zur Sonderzuschlagsverordnung	36—41
I. Sonderregelung Bergbau	36—37
II. Gesundheitswesen	38—39
III. Sperrzonenkarten	39—40
IV. Reichsbahn	40
V. Hinweise zur Anwendung der Verordnung über die Zah- lung von Sonderzuschlägen an Arbeiter und Angestellte . .	40—41
D. Erläuterungen zur Verordnung über die Zahlung eines Ehe- gattenzuschlages	41—44
I. Zum Personenkreis	41—42
II. Zur Einkommensgrenze	42

	Seite
III. Zur Höhe des Ehegattenzuschlages	42
IV. Zu den Voraussetzungen für die Zahlung des Ehegattenzuschlages	42—43
V. Zur Antragstellung auf Ehegattenzuschlag	43
VI. Zum Beginn und zur Dauer der Zahlung	44
VII. Zur Auszahlung des Ehegattenzuschlages	44
 E. Erläuterungen zur Verordnung über die Zahlung eines staatlichen Kinderzuschlages	 45—50
I. Zum Personenkreis	45—46
II. Zur Höhe des Kinderzuschlages	46
III. Zur Antragstellung	46—48
IV. Zum Beginn und zur Dauer der Zahlung	46—49
V. Über die Gewährung eines weiteren Zuschlages an Stelle des bisherigen Preisausgleiches für Weizenzeugnisse	49—50
VI. Veränderungen bei der Auszahlung der Beihilfen für den Mutter- und Kinderschutz	50